Morgen-Ausgabe.

Bezugspreis
für Halle vierteljährlich 2,50 M., bei zweimaliger Bestellung 2,75 M., durch die Post 3 M., zweimonatlich 2 M., einmonatlich 1 M., ausschl. Bestellgeld. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen.
Nr. 6638 des amtl. Zeit.-Verz.

Chefredacteur:
Carl Oehlmann in Halle S.
Sprechstunde auf der Redaktion 11—1 Uhr.
[Fernsprecher: Redaktion Nr. 1344. — Expedition Nr. 176.]

Saale-Zeitung.

Vierunddreißigster Jahrgang.

Anzeigen
werden die Spaltenzeile oder deren Raum mit 20 Pfg., solche aus Halle mit 15 Pfg. berechnet und in der Expedition, von unsern Annahmestellen und allen Annoncen-Expeditionen angenommen. Reklamen die Zeile 60 Pf.
Erscheint wöchentlich zweimal; Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich.

[Der Abdruck unserer Original-Artikel ist nicht gestattet.]

Nr. 40. Halle a. d. Saale, Donnerstag, den 25. Januar **1900.**

Die konservative Machtstellung und die Kanalopposition.

+ Die Erörterung im preußischen Abgeordnetenhause über die veraltete Wahlkreiseintheilung in Preußen ist von den konservativen Parteien, im Bewußtsein der Haltlosigkeit der vorgebrachten Gegengründe mit Hilfe des vorläufig willfährigen Centrums per majora abgeschnitten worden. Auf demselben Wege hat man dann kurzerhand den Antrag in den Papierkorb befördert, der bescheiden genug verlangte, die Wahlkreiseintheilung, die vor vierzig Jahren ausdrücklich nach Maßgabe der Volkszählung vorgenommen worden war, auf Grund der inzwischen erfolgten Verschiebungen einer Nachprüfung zu unterziehen. Die Rechte wird sich selbst sagen, daß eine an sich durch und durch gerechtfertigte Forderung nicht auf eine ähnliche Methode beseitigt werden kann, wie die Strassord und Polignac und dergleichen Minister. Die in dem Antrag liegende lebende Kraft ist dafür doch zu groß — und wenn er auch jetzt ein gewaltsames Ende gefunden, so bleibt doch noch genug übrig, um in seiner Richtung eine Prüfung anzustellen, die die gegenwärtigen Zustände in Preußen in ihrer ganzen Unerquicklichkeit grell beleuchtet.

Der Einwand, den die konservative Kanalopposition ihrer Gefolgschaft gegenüber als letzten Grund geltend zu machen weiß, besteht darin, daß dem reichen Westen, gegenüber dem armen Osten, mit jenem Verkehrswege eine Zuwendung gemacht werde, die sich finanziell nicht rechtfertigen lasse. Verkehrswege werden dort am ersten zu rechtfertigen sein, wo die Anhäufung der Bevölkerung besondere Aufwendungen fordert, und der Einwand einer finanziellen Bevorzugung irgend eines Landestheiles wird damit allererst verfangen, wenn sich überdies ergiebt, daß der so dicht bevölkerte Landestheil, dem der neue Verkehrsweg zugedacht ist, auch zu den Staatseinnahmen, aus denen die Hälfte der Kanalkosten bestritten werden soll, den Löwenantheil beiträgt. Prüft man nun, wie es der freisinnige Antrag forderte, nach Maßgabe der männlichen Bevölkerung, die Eintheilung der Landtagswahlkreise, wie sie sein müßte, und wie sie jetzt ist, dann ergiebt sich folgendes Bild:

Provinz	Jetzige Zahl der Abg.	Nach der reichsangehörigen männlichen Bevölkerung vom 2. Dez. 1895 würden zu wählen sein: im Ganzen Abgeordnete	gegen jetzt mehr + bezw. weniger —
Ostpreußen	32	27	— 5
Westpreußen	22	20	— 2
Stadt Berlin	9	22	+ 13
Brandenburg	36	39	+ 3
Pommern	26	21	— 5
Posen	29	24	— 5
Schlesien	65	58	— 7
Sachsen	38	37	— 1
Schleswig-Holst.	19	18	— 1
Hannover	36	34	— 2
Westfalen	31	38	+ 7
Hessen-Nassau	26	24	— 2
Rheinprovinz	62	70	+ 8
Hohenzollern	2	1	— 1
Summe	433	433	

Prüft man weiter, wie die Vertheilung nach den Steuerleistungen der Bevölkerung sich herausstellen würde, dann erhält man folgendes, noch viel bezeichnenderes Ergebniß:

Provinz	Jetzige Zahl	Nach der gesammten veranlagten Einkommensteuer für 1898 würden zu wählen sein: im Ganzen Abgeordnete	gegen jetzt mehr + bezw. weniger —
Ostpreußen	32	11	— 21
Westpreußen	22	8	— 14
Stadt Berlin	9	76	+ 67
Brandenburg	36	37	+ 1
Pommern	26	13	— 13
Posen	29	9	— 20
Schlesien	65	41	— 24
Sachsen	38	36	— 2
Schleswig-Holst.	19	15	— 4
Hannover	36	27	— 9
Westfalen	31	33	+ 2
Hessen-Nassau	26	38	+ 12
Rheinprovinz	62	87	+ 25
Hohenzollern	2	2	—
Summe	433	433	

In dem ersteren Falle würden die Provinzen Ostpreußen, Westpreußen, Pommern, Posen und Schlesien vierundzwanzig, im zweiten Falle zweiundneunzig Mandate verlieren. Erwägt man weiter, daß diese Provinzen das Gros der konservativen Abgeordneten stellen und ferner, daß die Rechte in diesen Provinzen ihre jetzige Macht zu einem ganz erheblichen Theil der energischen Unterstützung des Beamtenapparates verdankt, dann erhält man ungefähr eine Vorstellung, auf welch thönernen Füßen die konservative Machtstellung beruht. Und es tritt weiter zu Tage, welch kurzsichtiger und maßloser Mißbrauch mit einer treibhausartigen parlamentarischen Machtstellung getrieben wird von der Opposition, die einer der größten Kulturaufgaben des preußischen Staates seit dem verflossenen Sommer sich noch immer lärmend entgegenwirft.

Deutsches Reich.

Der Schutz der Bauarbeiter.

Ueber den Bauarbeiterschutz richtete der Staatssekretär des Innern vor anderthalb Jahren an die Bundesregierungen ein Rundschreiben, das eine Reihe bezirks- und ortspolizeilicher Maßnahmen anregte. Ueber die Wirkung dieser Anregungen liegt jetzt ein Bericht vor. Um eine wirksamere Durchführung der Unfallverhütungsvorschriften zu erzielen, ist durch Vermittelung des Reichsversicherungsamts bei den Baugewerks-Berufsgenossenschaften auf eine Verbesserung des berufsgenossenschaftlichen Aufsichtsdienstes hingewirkt worden. Zur Beseitigung der Gesundheitsgefahren haben die meisten Bundesregierungen neue Vorschriften theils schon erlassen, theils in Aussicht gestellt.

Die preußische Regierung hat die Regierungspräsidenten angewiesen, für den Erlaß von Polizeiverordnungen betr. die Arbeiterfürsorge auf Bauten in allen Bezirken Sorge zu tragen, in denen ein Bedürfniß dazu vorliegt. Solche Verordnungen sind inzwischen für einzelne Regierungsbezirke ergangen. Ebenso sind in einer großen Zahl bayrischer Gemeinden Polizeiverordnungen zum Schutze der Bauarbeiter erlassen, kürzlich auch auf Veranlassung der bayrischen Regierung allgemeine Maßnahmen zur Vervollkommnung des Bauarbeiterschutzes in einer Konferenz von staatlichen und berufsgenossenschaftlichen Beamten, Unternehmern und Arbeitern berathen. In Sachsen ist der Entwurf eines „Allgemeinen Baugesetzes" fertiggestellt und in der Zweiten Kammer schon berathen worden. Die Regierungen von Württemberg und Baden wollen die von der Reichsverwaltung empfohlenen Maßnahmen gelegentlich der im Gange befindlichen Revision der Bauordnungen einer Prüfung unterziehen. In einigen kleineren Bundesstaaten ist von einer Aenderung der bestehenden Bestimmungen bisher Abstand genommen worden, weil ein Bedürfniß nach Vermehrung der Vorschriften über den Bauarbeiterschutz von den betreffenden Regierungen nicht anerkannt wird.

Politisches.

* In der Angelegenheit des Landraths z. D., Abg. Baarth, wird jetzt aus Regierungskreisen versichert, die Ernennung desselben zum Regierungsrath in Schleswig sei überhaupt nicht beabsichtigt gewesen. — Es ist merkwürdig, daß man die angeblich unrichtige Mittheilung von dieser Ernennung, die aus konservativen Blättern durch die gesammte Presse ging, unwidersprochen gelassen hat — bis die Nachricht auftauchte, Herr Baarth lehne ab, nach Schleswig zu gehen.

Volkswirthschaftliches.

* Von den für 1899 abgegebenen 482,526 Steuererklärungen sind 120,894 beanstandet, während im Jahre 1898 von 456,694 Steuererklärungen 148,268 beanstandet wurden. Die Beanstandungen sind hiernach wesentlich zurückgegangen; es wurden 25,1 v. H. der Erklärungen beanstandet gegen 32,5 im Jahre 1898 und 33,1 im Jahre 1897. Immerhin ist aber noch von je vier Erklärungen eine beanstandet worden. Der Rückgang der förmlichen Beanstandungen ist eine Wirkung des schon früher vielfach geübten, bei der Veranlagung für 1899 aber zum ersten male allgemein angeordneten Verfahrens, wonach vor der Beanstandung in der Regel zunächst in den dazu geeigneten Fällen versucht wird, die gegen den Inhalt der Steuererklärung obwaltenden Bedenken im Wege der Verständigung mit dem Steuerpflichtigen zu beheben. Auf diese Weise sind im ganzen 29,727 Beanstandungen oder 6,2 v. H. (in Berlin 4015 oder 7,0 v. H.) der abgegebenen Erklärungen im Einverständniß mit dem Steuerpflichtigen berichtigt worden. Von Erfolg war die Beanstandung in 79,7 v. H. aller Fälle gegen 75,7 v. H. im vorigen Jahr. Das in den beanstandeten oder im Wege der Verständigung später berichtigten Erklärungen angegebene Jahreseinkommen betrug 749 Mill. M., die Steuerpflichtigen, deren Erklärungen berichtigt oder mit Erfolg beanstandet sind, sind dagegen mit 959 Mill. M. veranlagt, so daß durch die Berichtigungen und Beanstandungen ein Mehr an veranlagtem Einkommen von 210 Mill. M. (1898 184 Mill. M. und dabei auf ein Mehr an Steuer von 7 (6) Mill. M.) erzielt worden ist. Leider schweigt die amtliche Statistik nach wie vor gänzlich darüber, wieviel von der durch die Beanstandungen gewonnenen Summe wieder hat abgesetzt werden müssen.

* Das Hauptzollamt Bodenbach meldet: Seit Sonnabend sind keine Kohlensendungen mehr zur Abfertigung nach Deutschland gelangt. Da regelmäßig täglich im Durchschnitt 500 bis 700 Lowries zur Einfuhr nach Deutschland gelangen, ist ein Uebergreifen der Kohlennoth auf die großen Industrieunternehmungen des Königreichs und der Provinz Sachsen, deren Bedarf die einheimische Kohlenbeförderung schon seit Jahren nicht mehr decken kann, in unmittelbare Nähe gerückt.

Verwaltung und Rechtspflege.

* Die Eisenbahnverwaltung geht neuerdings in Berlin, wie aus einer in den Eisenbahnwerkstätten angeschlagenen Verfügung hervorgeht, im Anschluß an eine dort abgehaltene Eisenbahnerversammlung energisch gegen den Verband der

[Nachdruck verboten.]

Aus dem Berliner Kunstleben.

Zwei historische Ausstellungen.

Das neue Jahrhundert hatte uns in Berlin bisher noch keine Kunstereignisse gebracht, die für weitere Kreise von Bedeutung gewesen wären. Jetzt aber befinden sich hier zwei Ausstellungen, die allerdings ein hohes Interesse in Anspruch nehmen. Zur Jahrhundertwende kommen sie gerade à propos, denn die eine zeigt eine Kunstrichtung, die für das 19. Jahrhundert sehr charakteristisch ist, aber mit ihm sich ausgelebt hat, die andere zeigt die Anfänge von Kunstbestrebungen, unter deren Einfluß wir auch jetzt noch stehen. Die Künstler, denen diese Ausstellungen gelten, sind Ludwig Knaus und der Engländer John Constable.

Die Knaus-Ausstellung der kgl. Akademie bildet eine Nachfeier des 70. Geburtstages des Meisters. Zu diesem Ehrentage nun ist so viel über Knaus geschrieben worden, daß es überflüssig erscheint, hier auf das Gesammtwerk des allgemein bekannten Mannes einzugehen; ich beschränke mich auf die Eindrücke, die die Ausstellung selbst in mir hervorrief, trotz aufrichtiger Verehrung für Knaus nicht recht habe warm werden können. Die Werke dieses Künstlers vertragen es nicht gut, massenweise zusammen zu erscheinen. Dann macht die häufige Wiederholung der gleichen oder ähnlichen Motive die Enge des bearbeiteten Kreises fühlbar, über die nirgends eine eigentliche höhere Auffassung hinaushebt. Ein einzelner Knaus zwischen anderen Bildern mag frisch und lebendig wirken; vereinigt erdrücken sich diese Gemälde gegenseitig, und aus diesen immer wiederkehrenden Stoffen schlägt uns ein nicht angenehmer Duft, wie von Sentimentalität und Theatercouliſſen, entgegen. Die Stoffe aber sind doch in Knaus' Kunst fast alles, die eigentlich künstlerischen Reize nur wenig. Man kann sich in die Charakterstik und Beobachtung genau länger vertiefen; die malerische Behandlung hat kaum Reize, die geeignet sind, uns länger anzuziehen. Wie wenig Knaus Kolorist ist, zeigen gewisse Einzelzüge. Wie trocken ist z. B. der im Lichte glänzende Goldrahmen des Bildchens auf dem Ravené-Porträt (wohl dem feinsten und lebenswahrsten Stück von Charakterschilderung, das Knaus überhaupt geliefert hat) behandelt, obwohl das Problem einen Koloristen sicher angezogen hätte. Und das tiefe dämmerige Kellergewölbe in der „Salomonischen Weisheit," das in seinem Halbdunkel einen Rembrandt in Entzücken versetzt hätte — wie nüchtern, wie uninteressiant, wie vernachlässigt erscheint es bei Knaus! Auch die Landschaft interessirt Knaus nicht; mit wenigen Ausnahmen könnte sie von der Mehrzahl seiner Bilder verschwinden, ohne daß sie wesentlich verlören. Ihn interessiren nur die Menschen, von denen er erzählen will. Nun gehört er aber zu jenen Erzählern, die alles erzählen und der Phantasie des Hörers nichts mehr übrig lassen. Bis auf das Gebahren der Hauskatze und das Wickelkind herunter sind alle Details breit mitgetheilt; und wenn wir mit der Betrachtung des Bildes fertig sind, dann sind wir auch mit dem Bilde selbst fertig, weil es in seiner Beziehung mehr unseren Geist beschäftigen kann. Es hat wohl jedes dieser Bilder eine Pointe, aber die Pointe ist sehr breit vorgetragen, sehr nachdrücklich unterstrichen; und bekanntlich wirken die knappen, mehr andeutenden Erzähler erheblich stärker, als die breit-gefälligen, die unsere Fassungsgabe gar gering anschlagen.

Aber diesen Mangel der Knaus'schen Art zu erzählen zugegeben, sehen wir in seiner Lust und Freude am Erzählen überhaupt eine entschiedene Stärke seiner Kunst. Und zwar im bewußten Gegensatze zu dem herrschenden Dogma, das den Maler dringend warnt, in seinen Bildern ja nicht als Erzähler aufzutreten. Alle großen Maler, von Giotti bis zu Menzel und Böcklin, waren große Erzähler, und in der Verschiedenheit ihrer Erzählerkunst liegt zu einem großen Theile die Verschiedenheit ihrer Individualitäten beschlossen. Der Maler, der nichts zu erzählen hat, hat gemeiniglich überhaupt uns nichts zu sagen; der Maler, der nicht zu erzählen versteht, wird sich vergeblich zum Meister der vollendetsten Technik gemacht haben. Das herrschende Dogma — als eine historische Reaktion völlig erklärlich — ist eine verderbliche Irrlehre, die aus der Kunst schließlich allen Geist austreiben und sie rein mechanisch gestalten müßte. Darum giebt also der alte Knaus den Modernen eine sehr beherzigenswerthe Lehre. Damit meine ich allerdings nicht, daß die Künstler sich unter allen Formen der Erzählung gerade der Anekdote wieder zuwenden sollten. Die Anekdote wird, massenhaft genossen, auch in der Kunst zuwider; höhere Formen der Erzählung, höhere Gegenstände sind heute erforderlich. Knaus' Kunst hat ihre Wurzeln in einer Zeit, in der der Deutsche noch kaum über die Wände seiner Wohnung hinausguckte, in der er großer Verhältnisse überall noch ungewohnt und noch nicht in den frischen Wind des Weltdaseins gestellt war. Für diese Deutschen malte Knaus und daher ist es sehr natürlich, daß seine Kunst im wesentlichen nur den Kreis der Familie umfaßt. Gewiß ein enger Kreis mit viel kleinlichen Sorgen und Freuden; vergleichen wir ihn aber mit dem, was die Mehrzahl der Neueren uns bietet, so empfinden wir doch immerhin, daß dieser Kreis bei aller Beschränktheit jedenfalls ein lebendiger ist, uns etwas sagt, mit uns zusammenhängt, uns interessirt. Blicken wir aber auf die Phantasiegestalten z. B. eines Stuck oder L. von Hofmann (die ja in so vieler Hinsicht den Knaus'schen Schöpfungen überlegen sind), so bleibt uns doch immer das Gefühl, daß diese Menschen und Dinge eigentlich in keiner rechten Beziehung zu uns stehen, daß sie Schöpfungen einer Künstlerlaune und uns insofern im Grunde fremd sind. Das ist die zweite große Warnung und Lehre, die unsere Neuesten aus dem Werke eines Meisters ziehen sollten, dessen Kunst an sich durchaus der Vergangenheit angehört.

Nun will es der Zufall, daß gleichzeitig im Kunstsalon von Cassirer eine sehr werthvolle Kollektion von mehr als 40 Bildern des Engländers John Constable (1776—1837) ausgestellt ist, auf den die Anfänge der modernen Landschaftsmalerei zurückgehen. Der künstlerische Stammbaum ist klar: von Constable und seinem Landsmanne Turner haben die Meister von Fontainebleau gelernt, die als die Väter der modernen Landschaft anzusehen sind. Constable hatte ein feines Künstlerauge; er suchte sich der Eigenart und des Reichthums der Luft- und Lichtstimmungen zu bemächtigen; er strebte aus dem Dunkel des Ateliers hinaus, um der freien Gottesnatur Aug' in Auge gegenüberzutreten. Welche Bedeutung — berechtigte Bedeutung — diese Anregungen gewonnen haben, ist bekannt; sie geben Constable historisch eine wichtige Stellung. Nun findet sich bei ihm auch schon der Versuch, von der

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19000125010/fragment/page=0001

Eisenbahner Deutschlands vor. So sind u. a. die Inspektoren und Dienststellen-Vorsteher aufs neue auf die Verfügung vom 1. Juli 1897 hingewiesen mit dem Auftrage, das Vorgehen des Verbands sowie das Verhalten der Eisenbahnbediensteten zu demselben aufs schärfste zu überwachen und gegen jede Zuwiderhandlung dieser Anordnung unnachsichtlich vorzugehen. Die unterstellten Bediensteten sind nochmals ganz besonders auf die zum Aushang gebrachte Bekanntmachung vom 30. Juni 1897 betr. den Verband der Eisenbahner Deutschlands hinzuweisen mit dem Hinzufügen, daß der Beitritt zum Verband sowie die Unterstützung der Bestrebungen desselben, wie z. B. die Vertheilung oder Verbreitung des „Weckruf," oder das Einladen zu den vom Verband einberufenen öffentlichen Versammlungen unnachsichtlich mit der Entlassung des betr. Bediensteten bestraft werden würde; ebenso sind die Eisenbahn-Bediensteten vor dem Besuch der vom Verband einberufenen Versammlungen zu warnen, da sie derselbe in den Verdacht bringen müßte, dem Verband anzugehören oder dessen Bestrebungen zu unterstützen.

m. Der I. Senat des Oberverwaltungsgerichts beschäftigte sich kürzlich mit einem Rechtsstreit, den der bekannte Amtsrath Wrede gegen die Polizeiverwaltung in Oschersleben erhoben hatte. In einer Fabrik Wrede's befindet sich eine elektrische Beleuchtungsanlage, die bei der Feuerversicherungsbank in Gotha versichert ist. Vor einiger Zeit gab die Polizeibehörde Wrede auf, die elektrische Beleuchtungsanlage auf ihre Funktions- und Feuersicherheit hin prüfen zu lassen und darüber der genannten Behörde einen Nachweis zu erbringen. Amtsrath Wrede focht diese Verfügung durch Klage beim Bezirksausschuß an, der indessen die Klage als unbegründet abwies. Der Polizeibehörde müsse das Recht zugestanden werden, die Vornahme einer jährlichen Revision im feuerpolizeilichen Interesse zu fordern, demzufolge müsse ihr auch die Befugniß eingeräumt werden, den Nachweis darüber zu verlangen, daß ihrer Auflage nachgekommen sei. Diese Entscheidung griff Wrede durch Berufung beim Oberverwaltungsgericht an; er machte geltend, die Polizeibehörde könne nicht verlangen, daß er die Prüfung der elektrischen Beleuchtungsanlage selbst vornehmen lasse und den Nachweis dafür erbringe. Es sei vielmehr Aufgabe der Polizeibehörde, diese Prüfung vorzunehmen; von ihm könne nur gefordert werden, daß er der polizeilichen Prüfung keine Schwierigkeiten bereite. Die Kosten für die Prüfung gehörten auch zu den Kosten der Polizeiverwaltung. Das Oberverwaltungsgericht trat diesen Ausführungen bei und änderte die Vorentscheidung zu Gunsten des Amtsraths Wrede ab.

* Das Waarenhaus Barasch in Breslau klagte gegen die Stadt Beuthen, weil es nach dem Umsatzsteuerregulativ für seine Beuthener Filiale bei 10,000 M. Gewinn 6000 M Steuern zahlen muß. Der Bezirksausschuß Oppeln wies die Klage ab.

Schule und Kirche.

* Der Fall Arons nimmt einen schleppenden Verlauf. Am 13. April v. J. wurde das Disciplinarverfahren damit eingeleitet, daß der Kultusminister Bosse über den Privatdozenten die einstweilige Enthebung von der Lehrthätigkeit aussprach. Am 22. Juli wurde der Angeschuldigte in erster Instanz von der philosophischen Fakultät freigesprochen, aber die „einstweilige" Enthebung besteht unverändert fort und hat u. a. zur Folge, daß Dr. Arons auch für das bevorstehende Halbjahr im Vorlesungsverzeichniß Vorlesungen nicht ankündigen kann. Nun erinnert die „Voss. Ztg." an einen alten für Berlin bestehenden Senatsbeschluß, wonach ein Privatdozent für die Zeit, in der er im Vorlesungsverzeichniß nicht aufgeführt wird, auch im amtlichen Personalverzeichniß wegzulassen ist. Zu der Zeit, als der Beschluß gefaßt wurde, dachte man nur an solche Privatdozenten, welche die Ankündigung freiwillig unterließen; aber an die „einstweilige Enthebung" dachte damals schwerlich jemand. In der That ist auch die Entscheidung an der Universität dahin gefallen, daß der Beschluß auf den vorliegenden Fall keine Anwendung finde: Dr. Arons ist auch in dem neuen Personalverzeichniß unter den Universitätslehrern aufgeführt. Dem Vernehmen des Blattes nach ist bereits vor längerer Zeit von der Vertheidigung ein Bescheinigungsgesuch an den neuen Kultusminister eingereicht, aber hinhaltend beschieden worden.

Deutscher Reichstag.

(Bericht der Saale-Ztg.)

134. Sitzung vom 24. Januar. 1 Uhr.

Das Haus ist sehr schwach besetzt.

Am Bundesrathstisch: Staatssekretär Frhr. v. Thielmann.

Auf der Tagesordnung steht zunächst der Etat des Reichsschatzamts.

Abg. **Lucke** (wildkons.) weist auf die Verfälschungen des Branntweins hin, auf die Fehler der Maischraumsteuer, die veraltet sei, und auf den Werth des heimischen Kartoffelsaues, der neuerdings im Mais eine scharfe Konkurrenz erhalte. Redner macht dann Mittheilungen aus einer von ihm verfaßten Broschüre über die traurige Lage der Landwirthschaft und speziell der Bauern. Er habe diese Broschüre auch an Herrn Eugen Richter eingesandt, der sie ihm aber unerösfnet zurückgeschickt habe. (Heiterkeit.) Es beweise dies auch das Interesse des Freisinns für die deutsche Landwirthschaft. Ueberall seien die Beamtengehälter und die Löhne erhöht worden, sollen die Bauern allein sich bis zum Hunger einschränken? Die Angaben des Abg. Steinhauer über die günstigere Lage des Bauernstandes seien in jeder Beziehung unrichtig, wie Redner im einzelnen nachzuweisen sucht. Er wird aber, als er auch auf die Schullasten zu sprechen kommt, vom Präsidenten Grafen Ballestrem auf den Etat des Reichsschatzamts verwiesen.

Staatssekretär Frhr. **v. Thielmann**: Von den Erschwerungen des Betriebes der kleineren Branntweinbrennereien sei dem Reichsschatzamt nichts bekannt, er werde darüber aber mit den anderen Regierungen in Verbindung treten.

Direktor v. **Fischer** macht Mittheilungen über die Erhebung und Gestaltung der Maischraumsteuer, bleibt auf der Tribüne aber ganz unverständlich.

Der Titel „Gehalt des Staatssekretärs" wird hierauf bewilligt.

Der Rest des Etats wird ohne Debatte erledigt.

Es folgt die Fortsetzung der Berathung der Anträge der Abgg. Agster u. Gen. (Soz.) und Lenzmann (freis.) auf Erlaß eines Reichsberggesetzes.

Abg. **Thiele**-Halle (Soz.) verbreitet sich über die Lage der Bergleute und führt aus, im Oberbergamtsbezirk Halle seien die Löhne zwar etwas gestiegen, aber nur in Verbindung mit Mehrleistungen der Bergleute. Die Gesundheitsverhältnisse im Bergbau seien sehr schlechte, Besserung könne nur durch sorgfältigste Kontrolle erreicht werden. Redner schildert dann die schreckliche Arbeit mit der Karre, die Ausbeutung durch Accordarbeit, die „Korruption" im Eisleebener und Mansfelder Bezirk und vieles andere.

Abg. **Franken** (ntl.) wendet sich zunächst gegen die neulichen Aeußerungen des Abg. Sachse. Die Preise hängen vom Weltmarkt ab, und so lange dies der Fall sei, könne auch auf das Accordsystem nicht verzichtet werden. Die Rentabilität des Bergbaues sei nicht so hoch, wie Abg. Sachse sie geschildert, namentlich seit Begründung des Kohlensyndikats. Für die Betriebssicherheit geschehe, was irgend möglich sei.

Abg. **Hilbck** (ntl.): Im Mansfelder Bergbau seien allerdings sehr ungünstige Verhältnisse, er habe aber ohnehin mit den größten Schwierigkeiten zu kämpfen und müßte ganz eingestellt werden, wenn man alles durchführen wollte, was der Abg. Thiele verlangt. Die Schwere der Arbeit erkenne er auch an und er bedaure sehr, daß man die Kinderarbeit nicht so ohne weiteres entbehren könne. Im übrigen seien viele der Behauptungen des Abg. Sachse geradezu leichtfertig aufgestellt worden und nicht erweisbar, wie Redner an einzelnen Fällen nachweist.

Abg. Dr. **Arendt** (Reichsp.): Die Mansfelder Knappen sind alle pensionsberechtigt; wenn die Arbeit sie früh kaput macht, bekommen sie eben früher ihre Pension. Das Lohnsystem, das der Abg. Thiele bemängelte, ist bei den Mansfelder Bergleuten durchaus beliebt. Ich bin als langjähriger Landtagsabgeordneter für Mansfeld dort sehr bekannt, und wenn die Bergleute eine Klage hätten, würden sie mir dieselbe schon längst mitgetheilt haben. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Bei den Mansfelder Bergleuten ist nur eine Stimme der Anerkennung für das, was die Gewerkschaft gethan hat. Sie hat viele Jahre lang ohne Nutzen gearbeitet und die Grube nur weitergeführt, um die Leute zu beschäftigen. Da sind ihr die paar Jahre guten Verdienstes wohl zu gönnen. Die Reden der Sozialdemokraten hier werden ihr Ansehen bei den Mansfeldern nicht erhöhen. Die Gewerkschaft hat in den letzten Jahren ganz bedeutende Aufwendungen gemacht, um die Arbeiten fortsetzen zu können, zum Beispiel die Zuschüttung des Sees, die natürlich abgeschrieben werden mußten. Von einer Steuerhinterziehung ist keine Rede. Die Nebenbetriebe werden nicht von den Mansfeldern, sondern von eingewanderten Italienern, Polen usw. verübt. Die Sozialdemokraten sind nur so in Zorn über die Mansfelder, weil dort für sie nichts zu holen ist. Wenn Abg. Thiele wirkliche Mißstände nachweisen kann, wird schon für Remedur gesorgt werden. Wenn er Beweise für seine Behauptungen erbringen sollte, würde es sich, ebenso wie bei denen des Abg. Sachse, bald herausstellen, daß es sich größtentheils um Klatschereien handelte, für die ein Beweis überhaupt nicht zu erbringen ist. Von einer dumpfen Gährung in Mansfeld kann keine Rede sein.

Abg. **Thiele** (soz.) hält seine Behauptungen aufrecht und führt ein Beispiel für die Befriedigkeit mit Namensnennung an. (Rufe.) Noch schlimmer als das Schicksal der Bergleute sei das der Berginvaliden. Der Fortschritt Mansfelds gehe schon daraus hervor, daß es früher einen Luther in die Welt gesandt habe, jetzt aber einen Abg. Arendt in den Reichstag.

Abg. **Dasbach** (Ctr.) spricht über die Berieselungsanlagen und ihre Revisionen, die oft das reine Kinderspiel seien. Redner nimmt auf mehrere Prozesse der letzten Zeit Bezug, in dem Mißstände ärgster Art im Bergbau bewiesen worden seien, z. B. hinsichtlich der Knabenarbeit. Das Beste würde ein Reichs-Berggesetz sein.

Abg. Dr. **Arendt** bestreitet nochmals, daß in Mansfeld eine Gährung herrsche. Er sei mit 13,000 Stimmen Majorität gewählt, dies beweise doch schon, daß er Vertrauen in dem Wahlkreise besitzen müsse. Bis nicht weitere Beweise vorliegen, sei der Steiger Rothe in seinen Augen noch nicht kompromittirt. Protestiren müßte er gegen die Angriffe, die hier gegen den ehrenwerthen Stand der Steiger erhoben seien. Wie würde es denn im Zukunftsstaat werden, wo es gar keine Ehe gäbe? Die persönlichen Angriffe des Abg. Thiele seien geschmacklos gewesen.

Vicepräsident **Schmidt:** Der Ausdruck „geschmacklos" in Bezug auf einen Abgeordneten sei parlamentarisch nicht richtig.

Damit schließt die Debatte. In seinem Schlußwort polemisirt Abg. **Sachse** (soz.) gegen verschiedene Vorredner, auch früherer Sitzungen, und bezeichnet es als traurig, daß der Bundesrath bei einem so wichtigen Gegenstande gar nicht vertreten sei. Dem Abg. Dr. Oertel, der an einer zwölfstündigen Schicht nichts Schlimmes finde, gebe er den Rath, anstatt einer Badereise mal vier Wochen lang bei zwölfstündiger Schicht in den Schacht zu fahren, dann würde es ihm wohl nicht mehr so schwer fallen, seinen Rock zuzuknöpfen. (Heiterkeit.) Den zahllosen Mißständen im Bergwerk könne nur ein strenges Reichsberggesetz abhelfen.

Präsident Graf **Ballestrem**: Der Redner habe eine gewisse körperliche Eigenschaft eines Abgeordneten hervorgehoben. Da dies jedoch in einer gewissen gutmüthigen Weise geschehen sei, halte er dies nicht für direkt gegen die Ordnung des Hauses verstoßend, er bitte jedoch die folgenden Redner, nicht ebenfalls solche Aeußerungen zu machen.

Es folgen persönliche Bemerkungen der Abgg. Dr. **Oertel** (f.), **Hilbck** (ntl.), **Franken** (ntl.).

Der sozialdemokratische Antrag ist inzwischen so abgeändert worden, daß er mit dem freisinnigen im Wortlaut genau übereinstimmt. Der Antrag wird mit einem Amendement des Centrums, das sich auf die Zinkhütten bezieht, mit großer Mehrheit angenommen. Nur die beiden konservativen Parteien stimmen dagegen.

Hiermit ist die Tagesordnung erschöpft.

Nächste Sitzung: Donnerstag 1 Uhr. Gesetz betr. Abänderungen des Strafgesetzbuches (lex Heintze).

Schluß 5 Uhr.

Preußischer Landtag.

(Bericht der Saale-Ztg.)

Abgeordnetenhaus.

9. Sitzung vom 24. Januar, 11 Uhr.

Das Haus ist gut besetzt.

Am Ministertische: Frhr. v. Hammerstein u. a.

Auf der Tagesordnung steht die zweite Berathung des Etats der landwirthschaftlichen Verwaltung.

Beim Titel „Gehalt des Ministers" bemerkt

Abg. **v. Meudel-Steinfels** (kons.): Unsere Finanzlage ist bekanntlich eine glänzende. Aber trotzdem ist nur eine geringe Summe in den Etat zur Förderung der Landwirthschaft eingestellt worden. Für die landwirthschaftlichen Versuchsstationen sind etwas über 2000 M. für jede Station ausgesetzt worden, für die Förderung der Viehzucht etwa 1500 M. für jede Provinz, für die Unterstützung der Pferdezucht ebenfalls nur ganz geringe Summen. Auch die Förderung der Geflügelzucht und Fischzucht kann mit den dafür ausgeworfenen Mitteln nicht besonders gedeihen. Sowohl die ordentlichen wie außerordentlichen Ausgaben für die Landwirthschaft sind nicht genügend; unter letzteren befinden sich manche Positen, z. B. der für die Weichselregulirung, die eigentlich gar nicht in den Landwirthschaftsetat gehören. Den dringenden Wunsch muß ich aussprechen, daß ein etwas rascheres Tempo in der Förderung der Landwirthschaft eingeschlagen wird. Gerade in der letzten Zeit hat sich die Lage der Landwirthschaft wieder bedeutend verschlimmert, infolge der Leutenoth, der flauen Produktenmärkte und der Preissteigerung der landwirthschaftlichen Maschinen um etwa 30 Proz. Mit den geringen dafür ausgeworfenen Mitteln kann man nicht die große Aufgabe der Landwirthschaft fördern, die Produktion der Großgrundbesitzer und namentlich auch der kleinen Bauern im Einklang mit der fortschreitenden Wissenschaft und der ganzen Entwicklung zu halten. Man muß bedenken, daß in der Landwirthschaft immer noch ein Kapital von etwa 30 Milliarden in Preußen investirt ist. Es stehen also sehr bedeutsame Interessen auf dem Spiele. Redner wünscht dann wirksamere Mittel gegen den Kontraktbruch der landwirthschaftlichen Arbeiter. Preußen müsse hier mit seinem wirksamen Beispiel vorangehen. Ein entsprechendes Gesetz müsse noch in dieser Session zur Verabschiedung kommen. Auch müsse man die Stellenvermittlung mehr unter Aufsicht stellen. Die Einzelstaaten seien ja dazu jetzt nach Lage der Reichsgesetzgebung imstande. Redner macht sodann darauf aufmerksam, daß, während in Preußen die Zulassung slavischer Arbeiter nur vom 1. März bis zum 1. resp. 15. Dezember gestattet sei, in Weimar die galizischen Arbeiter das ganze Jahr hindurch sich aufhalten dürften. Sodann müsse auch der Minister dahin wirken, daß im Reiche ein Gesetz, betreffend den Handel mit Futter- und Düngmitteln erlassen werde. Jetzt werde oft Dünger geliefert, der die Pflanzen vergifte. Namentlich der Chilisalpeter usw. müsse genau untersucht werden. Redner bringt dann noch eine ganze Reihe von Wünschen vor, welche der Staat erfüllen solle, und beklagt, daß bei der Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche viel zu drakonisch vorgegangen werde. Hunde, Katzen und Fliegen verbreiteten die Seuche und man könne doch nicht den Hund, die Katz und die Fliege an die Kette legen. (Heiterkeit.) Er empfehle nicht die Bekämpfung der Seuche von Gehöft zu Gehöft, sondern die Abwerrung größerer Bezirke. Die Bekämpfung der Tuberkulose müsse mit neuen gesetzlichen Maßregeln erfolgen. Es sei ja auf dem letzten Tuberkulosekongreß festgestellt worden, daß es eine Rohrungstuberkulose gebe. Das Fleischbeschaugesetz, wie es jetzt dem Reichstag vorliege, könne er nicht billigen, da dasselbe eine drakonische Behandlung der Fleischkontrolle im Inland, aber ganz milde Bestimmungen gegen das Ausland enthalte. Man gebe den Landwirthen hier statt Brot Steine. Der Staat müsse für die Landwirthschaft jetzt das Aeußerste thun, denn es könnte sonst leicht zu spät dazu werden. Auch im Reiche müsse Preußen zu Gunsten der Landwirthschaft zu wirken suchen. Die Grenzsperre müsse strafter durchgeführt werden.

Minister Frhr. **v. Hammerstein** (sehr schwer verständlich): Unmöglich kann ich auf alle Einzelheiten des Vorredners eingehen, die zum großen Theil zu späteren Etatstiteln gehören. Der Finanzminister ist der Ansicht, daß nicht der Staat allein für die Landwirthschaft sorgen soll, sondern daß auch die Landwirthe selbst, namentlich mit Hilfe der Landwirthschaftskammer und deren Bellenerungsrecht eintreten müssen. Die Dispositionsfonds für die Landwirthschaft sind in den letzten Jahren ganz bedeutend vermehrt worden, mehr als in anderen Staaten. Wir können mit Befriedigung darauf hinblicken. Die Landwirthschaftskammern sind eine ganz wesentliche Stütze für die landwirthschaftliche Verwaltung geworden und ich habe mit meiner Bemerkung soeben denselben durchaus keinen Vorwurf machen wollen. Die in den Landwirthschaftsetat eingestellten Positionen für Flußregulirungen betreffen nur nichtschiffbare Flüsse und geschehen hauptsächlich im Interesse der Landwirthschaft. Was die Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche betrifft, so bedingen sich die einen über die zu große Strenge der Absperrungen, während andere noch rigorosere Maßregeln verlangen. Es ist außerordentlich schwierig, hier die richtige Mitte zu finden. Die Frage der Bekämpfung der Tuberkulose ist von der größten Bedeutung und ich werde immer für energische Maßnahmen auf diesem Gebiete eintreten. Aber die Frage ist auch von außerordentlicher finanzieller Tragweite für die Staatskasse. Durch eine ausgedehntere Anwendung von Maschinen können die Landwirthe an menschlicher Arbeitskraft viel sparen. Es ist hier auch schon viel erreicht; leider fehlt es den Landwirthen häufig an dem nöthigen Kapital, um einen größeren Maschinenbetrieb einzuführen. (Die letzten Ausführungen des Ministers bliteben auf der Tribüne fast ganz unverständlich.) Redner theilt noch mit, daß in den nächsten Monaten eine Vorlage eingehen werde, die den Forderungen des bekannten Antrags Gamp, betr. Kontraktbruch rc., Rechnung tragen werde.

Abg. **Sauden** (ntl.) glaubt auch, daß der landwirthschaftliche Etat für die Landwirthe nicht besonders befriedigend sei. Eine Reihe Positionen in diesem Etat kommen gar nicht der Landwirthschaft allein zu gute. Hoffentlich werde der Landwirthschaftsminister das in ihn gesetzte Vertrauen rechtfertigen und dafür sorgen, daß beim Abschluß neuer Handelsverträge die Landwirthschaft nicht wieder zu kurz komme. Den großen Schaden, den die Landwirthschaft durch die Leutenoth habe, erkenne er vollkommen an. Diese Leutenoth werde noch dazu von Jahr zu Jahr schlimmer. Dagegen könne allerdings der Staat der Landwirthschaft auch nicht helfen, doch könne er viel thun, um deren Noth zu lindern. Redner bringt dann eine Reihe von Wünschen vor. Namentlich empfiehlt er Errichtung von landwirthschaftlichen Schulen, aber ohne Mehrbelastung der Gemeinden. Unter der Leutenoth hätten die kleineren und mittleren Grundbesitzer fast noch mehr zu leiden, als die großen. Die übrigen Ausführungen des Redners bleiben unverständlich.

Abg. **Schmitz** (Ctr.): Daß die Lage der Landwirthschaft eine sehr schwere ist, wird heute von keiner Seite mehr bestritten. Die landwirthschaftlichen Kreise sind keineswegs neidisch auf die Industriellen, aber es drängt sich ihnen das Gefühl auf, daß der industrielle Aufschwung sich auf Kosten der Landwirthschaft vollzieht, und das wäre zu bedauern. Das Beispiel Englands muß uns ein Mene Tekel sein. Es ist Pflicht der Regierung, den Verfall der Landwirthschaft zu verhindern. Gelegenheit dazu bietet sich zu beim Abschluß der neuen Handelsverträge. Auch ein weiterer Ausbau der Agrargesetzgebung ist dringend erforderlich. Das Margarinegesetz erfüllt seinen Zweck nicht ganz, da viel Margarine vom Auslande importirt wird, und so der Fälschung die Wege geebnet werden. Der Minister meint, die Landwirthschaftskammern hätten von dem Recht der Selbstbesteuerung nicht genügend Gebrauch gemacht. Aber haben die Landwirthe nicht schon Steuern genug? Den Wünschen des Herrn v. Meudel auf eine reichere Bemessung des landwirthschaftlichen

---

Komposition im älteren Sinne zum „Ausschnitt" aus der Natur überzugehen; und auch dieser Versuch hat ja in sehr bemerkenswerther Weise nachgewirkt: heute ist das Ausschnittsprinzip das herrschende. Aber bei Constable tritt (so weit man nach dieser Ausstellung urtheilen kann) der Ausschnitt immer nur in der Studie auf; macht er sich aber an ein größeres Werk, wie z. B. die „Schleuse" (wohl das Hauptwerk der ganzen Ausstellung), so gliedert er Vorder- und Hintergrund sehr sorgfältig, mischt mit Ueberlegung die Elemente zum Ganzen, wägt die Vertheilung der darzustellenden Gegenstände auf der Fläche sorgsam ab, bemüht sich, das Auge des Betrachters in bestimmter Weise zu führen. Kurz — er giebt dann eine sehr durchdachte Komposition; und hier ist der Hauptpunkt, wo sich seine Kunst von der modernen Landschaft scheidet. Nicht zum Vortheil der letzteren, die eben jetzt, nachdem sie mit dem Ausschnittprinzip an eine richtige Sackgasse gerathen ist, in beinahe kindlich-hilfloser Weise wieder anfängt, sich mit den Gesetzen und Aufgaben der Komposition zu beschäftigen. In solchen ausgeführten Arbeiten legt Constable auch einen großen Werth auf die strenge Durcharbeitung und begnügt sich keineswegs mit einer rohen und dekorativen Gesammtwirkung, während die Studien allerdings nur auf den Totaleindruck ausgehen. Was seinen Charakter betrifft, so erscheint Constable als ein lieberoller Freund und Kenner der Natur. Seine Landschaften zeigen keinen monumentalen Zug, sondern tragen ein behagliches, gesundes Gepräge; er erscheint als der Maler des fruchtbaren englischen Flachlandes und die bereits erwähnte „Schleuse" erinnert in ihrer behäbigen idyllischen freundlichen Stimmung an van der Velde. Dann aber hat man auch Naturpoesien von ihm, die an gewisse Stimmungen bei den etwa gleichzeitigen englischen Naturpoeten erinnern: er versinkt sich gern in die Schönheit des Sonnenuntergangs und er giebt eine wahrhaft poesievolle Schilderung der alten Königsstadt Edinburgh, deren Thürme, Kuppeln, Burgen aus wehendem Dunkel in den grauen Abendhimmel hineinragen. Die Modernen dürfen Constable in mancher Beziehung mit Recht für sich, als ihren Ahnherrn in Anspruch nehmen; mögen sie denn auch an ihn in Hinsicht der Komposition, der Sorgfalt der Durcharbeitung, der wahrheitschlichten Poesie seiner Darstellungen wieder anknüpfen!

Dr. Albert Dresdner.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19000125010/fragment/page=0002

Etats schließe ich mich von ganzem Herzen und im Namen meiner Freunde an. (Beifall im Centrum und rechts.) Wenn sie genügend unterstützt wird, so wird die Landwirthschaft bald wieder die Stellung erlangen, die ihr gebührt. (Lebhafter Beifall im Centrum und rechts.)

Geh. Rath **Müller**: Wir haben den Versuch gemacht, statistische Mittheilungen über den Umfang der ländlichen Verschuldung zu machen. Wir haben später damit aufgehört, weil aus dem mitgetheilten Material so ungünstige Schlüsse für die Landwirthe gezogen wurden, daß es nicht im Interesse der Landwirthe liegen konnte, daß die Mittheilungen fortgesetzt wurden.

Abg. **v. Cynatten** (Ctr.): Es ist eine feststehende Thatsache, daß Steuern heute vielach so erhebliche Theil des Einkommens ausmachen, daß sie äußerst drückend wirken. Im Elementar-Unterricht wird zuweilen auf dem Lande viel zu weit gegangen. Giebt man doch sogar in den ländlichen Elementarschulen Unterricht in der Raumlehre! Dreizehnjährige Knaben auf dem Lande sind besser zu Hause als in der Schule. Und 15- oder 16jährige Burschen könnte man ruhig zwangsweise zum Lande zurückhalten. — Die Zollbestimmungen werden häufig umgangen. Auf Honig wird ein Zoll von 20 M. erhoben. Die Folge ist, daß große Ladungen von Körben mit lebenden Bienen aus Belgien und Holland eingeführt werden. Dadurch wird der Zoll gelwart. (Hört, hört!) Der rheinische Gemüsezüchterstand wird sehr benachtheiligt durch die Einfuhr holländischen Gemüses. Hier wäre eine Aenderung der Zollbestimmungen dringend wünschenswerth. Hoffentlich kommt bald das sehnlichst erwartete Wasserrecht, damit wir hier zu befriedigenden Zuständen kommen. (Beifall im Centrum.)

Abg. Dr. **Hirsch** (fr. Vp.): Auch wir geben zu, daß die Landwirthschaft in schwieriger Lage ist. Wir bestreiten aber, daß die Lage der Landwirthschaft geradezu eine Nothlage ist, und daß die Landwirthschaft wesentlich auf die Hilfe des Staates angewiesen wäre. Manchen Wünschen der Landwirthe stimmen auch wir zu. Die jetzige Regierung löst es aber an Fürsorge für die Landwirthschaft nicht fehlen. In den 40 Jahren von 1850 bis 1890 ist der landwirthschaftliche Etat nur von 4 auf 11½ Millionen gestiegen, in den 10 Jahren von 1890 bis 1900 jedoch von 11½ auf über 27 Millionen. Natürlich schließen diese Zahlen nicht aus, daß auf einzelnen Gebieten noch weitere Aufwendungen nothwendig sind. Die Schwierigkeiten der Landwirthschaft rühren nicht daher, daß der Werth des Bodens gesunken wäre. Das ist nicht der Fall, wie die Vermögensteuer beweist. Selbstverständlich sind alle Erwerbszweige Schwankungen ausgesetzt, unter denen sie zeitweise sehr zu leiden haben. Auch andere Erwerbszweige sind in schwieriger Lage gewesen, aber sie haben sich selbst herausgeholfen, ohne Staatshilfe. Wir können nicht in das Wehklagen der Landwirthe einstimmen: „Mit der Landwirthschaft geht es zu Ende, thut eure Beutel auf, um sie zu retten.“ (Heiterkeit.) Die Landwirthschaft befindet sich sogar schon wieder in aufsteigender Linie. (Widerspruch rechts.) Es sind doch auch noch andere Leute da, die bestehen müssen. Man macht jetzt im Reiche Propaganda für die Flotte. Aber wenn die Flotte Zweck haben soll, so müssen wir doch einen ausgedehnten Handel mit anderen Ländern haben. Die Handelspolitik aber, die Sie (nach rechts) verlangen, würde unseren Export sehr schädigen. Diese Handelspolitik, die Sie wünschen, kann ich nur als verhängnißvoll bezeichnen. (Widerspruch rechts.) Die Leutenoth bedauern auch wir. Aber wir sind Gegner aller der Polizeimaßregeln, auf die Sie den größten Werth legen. Herr v. Wendel hat das anhaltische Gesetz über den Kontraktbruch der Arbeiter, das sog. kleine Zuchthausgesetz, sehr gelobt. Aber dies Gesetz darf uns wirklich nicht zum Vorbild dienen. Durch solche Gesetze wird man die Landflucht nicht aufhalten. Wenn Sie (nach rechts) die Arbeiter ans Land fesseln wollen, so geben Sie ihnen die Rechte, die ihre Brüder in der Industrie haben. Wie wäre es, wenn wir landwirthschaftliche Inspektoren nach Analogie der Fabrikinspektoren schüfen, um den dort vielfach noch vorhandenen Mißständen zu steuern? (Sehr richtig! links. Lachen rechts.) Der Minister hat ein Gesetz angekündigt, das den Anträgen Gamp aus dem vorigen Jahr Rechnung trägt. Ich kann das nur bedauern. Sehr viele Punkte aus den Gamp'schen Anträgen gehen nur das Reich an, aber nicht die Einzelstaaten. Anderem bezwecken diese Anträge Ausnahmegesetze gegen die ländlichen Arbeiter. Durch solche Gesetze werden Sie Ihren Zweck nicht erreichen. Wir stimmen dem landwirthschaftlichen Etat im ganzen bei; wir stimmen auch den Wünschen auf weitere Vermehrung der Mittel für die Landwirthschaft zu. Das neue Jahrhundert wird die große Aufgabe haben, die kleinen und mittleren Landwirthe in die landwirthschaftliche Technik und Wissenschaft einzuführen. Wenn sie dazu fähig sein sollen, so müssen sie vor allem eine gute Schulbildung genießen. Sie dürfen die Jugend nicht durch eine Art Rundbann ans Land fesseln und daneben ihre Ausbildung vernachlässigen. Nur durch organisirte Selbsthilfe kann der Landwirthschaft geholfen werden.

Abg. Frhr. **v. Wangenheim** (k.): Für die eigentliche Landwirthschaft ist im Etat nur sehr wenig geschehen. Gerade während der finanziell guten Jahre mußte erheblich mehr gethan werden. Die Landwirthschaftskammern sind bereits in manchen Fällen in der Besteuerung bis an die äußerste Grenze gegangen. Trotzdem sind ihre Mittel unzureichend. Ich glaube, daß es wünschenswerth sein wird, die Generalkommissionen zu reorganisiren. Sehr unangenehm macht sich bei ihnen häufig der Mangel an landwirthschaftlich und technisch geschulten Beamten geltend. Auf dem Gebiete des ländlichen Kreditwesens müßte die Regierung endlich einmal energisch vorgehen. Durch unsere Absperrungen bei Seuchen wird nur die Dauer der Verseuchung verlängert. Bevor man die Maßregeln gegen die Tuberkulose ergreift, muß ich doch daran erinnern, daß man mit den schärfsten Maßnahmen gegen krankes ausländisches Vieh vorgehen muß. Sehr erfreulich ist die Vermehrung der Mittel für Landesmeliorationen. Der Dispositionsfonds für die Landwirthschaft ist bei weitem nicht genügend. Auch wir haben Sinn für „Bildung.“ Wir würden es sehr begrüßen, wenn an der Universität Greifswald ein landwirthschaftlicher Lehrstuhl errichtet würde. Vielleicht wirkt der Landwirthschaftsminister in diesem Sinne auf den Kultusminister ein. Gewiß ist die weitere Anwendung der Maschinenkraft in der Landwirthschaft wünschenswerth. Aber wir dürfen uns hier keinen Illusionen hingeben, denn in sehr vielen Betrieben ist es gar nicht möglich, die Handarbeit durch Maschinenarbeit zu ersetzen. Die Landwirthschaft ist abhängig von der ganzen Zoll-Handelspolitik. Hier kann nun der Staat helfen. Denn er ist es, der hier sich verständigt hat. Herr Abg. Gothein hat kürzlich über den Harmlosenprozeß gesprochen, gewiß seien diese Leute aufs schärfste zu verurtheilen. Aber es giebt andere Spielerkreise, die für weite Volkskreise viel schädlicher sind und die Ihnen (nach links) näher stehen als uns. (Sehr gut! rechts.) Ich meine gewisse kaufmännische Bankkreise. Es war mir interessant, in der Rede des Herrn Abg. Hirsch das ausgesprochene Zugeständniß zu finden, daß bei dem neuen Zolltarif aus der Haut der Landwirthschaft die Riemen geschnitten werden sollen. Wir werden uns sehr freuen, wenn unser Export ohne Benachtheiligung der Landwirthschaft gefördert werden kann. Aber in erster Linie ist doch der nationale Markt zu pflegen, und es ist vollkommen falsch, künstlich einen großen Export zu züchten. Der Ertrag des Bodens ist heute so gering, daß sehr viele Bauern nicht mehr so viel verdienen wie ein Arbeiter. Es ist doch nicht zu viel, wenn wir verlangen, daß der Bauer nicht mit Verlust arbeiten soll. Herr Hirsch hat nur vom Standpunkte der Arbeiter gesprochen. Einen so einseitigen Standpunkt können wir nicht theilen. Ist doch in der letzten Zeit für keinen Stand so viel geschehen wie für die Arbeiter. (Sehr richtig! rechts.) Es hört sich ja sehr schön an, wenn man sagt, wir verlangten Ausnahmegesetze gegen die Arbeiter. Davon ist keine Rede. Aber wenn Arbeitgeber und Arbeiter einen Vertrag schließen, so darf der Arbeiter nicht in der Lage sein, willkürlich den Vertrag zu brechen. Dahin allein streben wir. Die Herren von der Linken reden oft über Dinge, von denen sie nichts verstehen. (Sehr richtig! rechts.) Wir lassen es nicht an Fürsorge für die Ausbildung unserer Landwirthe fehlen. Vielleicht wäre es nützlich, wenn die Herren von der Linken sich nicht immer um die Ausbildung der Landwirthe, sondern auch um ihre eigene Ausbildung kümmerten (Lebhafter Beifall rechts.)

Hierauf vertagt das Haus die weitere Berathung auf Donnerstag 11 Uhr.

Schluß 4 Uhr.

Provinzialnachrichten.

* **Miersebung**, 24. Jan. [Ueberfahren.] Auf hiesigem Güterbahnhof kam am Dienstag abend der hier wohnhafte Hilfsrangirmeister Brenner beim Aukoppeln von Wagen zu Falle und gerieth unter die Räder des Zuges. Hierbei wurde dem Unglücklichen der rechte Unterarm zermalmt, der Oberarm und das Schulterblatt stark gequetscht. Auf Anordnung des Arztes wurde der schwer Verletzte der Hallelchen Klinik zugeführt. Brenner, ein äußerst pflichttreuer Beamter, ist verheirathet und Vater mehrerer Kinder.

„ **Weißenfels**, 24. Jan. [Lohnbewegung.] Zu der von hier gemeldeten Lohnbewegung von 5000 Bergarbeitern im Weißenfels-Zeitzer Braunkohlenrevier schreibt man uns: Man hat sich bereits an 10 Orten bezw. in 10 Zweigverbänden dahin geeinigt, am 1. April den Bergwerksverwaltungen die schon früher formulirten Anträge zur Annahme zu unterbreiten, welche sich beziehen auf eine 10prozentige Lohnerhöhung für die Arbeiter über und unter der Erde, eine neunstündige Arbeitszeit, Abschaffung der Frauenarbeit und getrennten Gedinge, sowie Aufhebung des Sanitätswesens nach der gelegentlich des Halleschen Bergarbeiter-Kongresses angenommenen Resolution.

≠ **Vom Eichsfelde**, 24. Jan. [Mord.] Zu der bereits gemeldeten grauenvollen Mordthat in Berunterode (Kreis Worbis), wobei der Drechsler Brandt den eigenen, 18jährigen blödsinnigen Sohn ertränkt hat, wird noch Folgendes bekannt: Vor einigen Tagen klagte B. seinen Nachbarn, daß der blödsinnige Sohn verschwunden und nirgends zu finden sei. Die Nachbarn unterzogen infolgedessen sein Gehöft einer Untersuchung, an der sich auch B. betheiligte. Das Ergebniß war, daß der Sohn in einem durchgeschnittenen Petroleumfasse, welches mit Wasser gefüllt, in einem Schuppen stand, mit dem Kopfe nach unten todt vorgefunden wurde. Der Kopf war bis zum Halse eingetroren, sodaß der Körper sammt dem Faß der Hitze eines Ofens ausgesetzt werden mußte, um herausgenommen werden zu können. Die Sektion der Leiche ergab so prägnante Beweise gegen B., daß er in das Gerichtsgefängniß zu Worbis überführt wurde. Am Tage nach seiner Einlieferung hat der Mörder sich bekanntlich in der Zelle erhängt.

* **Weimar**, 24. Jan. [Aus dem Zuge gestürzt.] Der beim Elektrizitätswerk in Zimmau beschäftigte Volontär Kurt Herrmann, welcher zur Feier der Silberhochzeit seiner Eltern reiste, ist auf noch nicht aufgeklärte Weise auf der Strecke Weimar-Ohmannstedt aus dem Coupé gestürzt und hat so schwere Verletzungen davongetragen, daß er auf dem Transport nach dem Krankenhause starb.

— **Eisenach**, 24. Jan. [Neue Bahn.] Für die Nebeneisenbahn Treffurt-Hörschel sind 3,175,000 M. vorgesehen.

≠ **Heiligenstadt**, 24. Jan. [Der Konkurs] der Kommanditgesellschaft Haupt & Co., Cigarrenfabrik, hier, ist durch einen 70 proz. Zwangsvergleich beendet. Die bevorrechtigten Gläubiger werden voll befriedigt.

Letzte Nachrichten.

Berlin, 24. Jan. Der Kaiser empfing gestern den Landrath a. D. Jansen und den Diöcesan-Baumeister Renard aus Köln, welche die Pläne für den auf dem Grundstücke der Dormition zu errichtenden Mariendom vorlegten und erläuterten. Die Audienz währte nach der „Germania“ etwa eine Viertelstunde. Wie schon früher verlautete, wünscht der Kaiser, daß die Seelsorge an der Marienkirche von den deutschen Benediktinern ausgeübt werden soll. Der gegenwärtige Leiter des deutschen Hospizes und Seelsorger an der dortigen Kapelle ist der bekannte Pater Schmidt aus dem Lazaristen-Orden.

Das heute früh 8 Uhr in Dresden ausgegebene Bulletin über das Befinden der Frau Herzogin Friedrich besagt:

Die Athemnoth hält immer noch an, hat aber in den letzten 24 Stunden hohe Grade nicht erreicht. Die Nacht verlief unruhig, wenig Schlaf, Puls befriedigend. Nahrungsaufnahme etwas besser. Der Zustand giebt zu augenblicklichen Besorgnissen keine Veranlassung.

Die Prinzessin Friedrich August von Sachsen ist heute nachmittag von einer Tochter glücklich entbunden. Mutter und Kind befinden sich wohl.

Prof. Dr. Max v. Pettenkofer in München ist nach vorangegangener Wahl zum stimmberechtigten Ritter des Ordens pour le mérite für Wissenschaften und Künste ernannt worden.

Die Handelskammer Düsseldorf hatte den Handelsminister gebeten, sie von der Verpflichtung zur vertraulichen Behandlung des Gesetzentwurfs über eine Waarenhaussteuer zu entbinden und ihr die Veröffentlichung ihres Gutachtens im Jahresbericht zu gestatten. Die Kammer wies darauf hin, daß unterdeß eine ganze Anzahl von Handelskammern ihre Gutachten veröffentlicht hätten und die Presse ausführliche Mittheilungen über den Gesetzentwurf gebracht hätte. Der Handelsminister erwiderte darauf, daß die Forderung der Geheimhaltung des Entwurfs und der darüber erstatteten Gutachten seiner Zeit auf Wunsch des Finanzministers gestellt worden sei und der Herr Finanzminister auch heute noch Werth darauf lege, daß von einer Veröffentlichung abgesehen werde.

Nach dem Muster des Stirius'schen Syndikats soll auch ein Zuckerkartell zu stande gebracht werden. Seine Aussichten scheinen sich in neuerer Zeit wesentlich verbessert zu haben, denn in einer Sitzung des Landwirthschaftlichen Vereins in Breslau wurde nach der „Voss. Ztg.“ festgestellt, daß 360 von 400 deutschen Zuckerfabriken für das Zuckerkartell ihre Unterschrift gegeben haben. Das Zustandekommen des Kartells im laufenden Jahre sei deßhalb zu erwarten.

Auf der letzten Hauptversammlung des Bundes der Landwirthe für den Kreis Flatow (Westpreußen) wurde Rittergutsbesitzer Wilckens als Kandidat des Bundes der Landwirthe für den Abgeordnetenhaus aufgestellt. Abg. Wilckens erklärte sich gegen die Kanalvorlage.

Der rudolstädter Landtag genehmigte heute den Entwurf der neuen Gesindeordnung und bewilligte 150,000 M. als erste Rate für den Bau eines neuen Ministerialgebäudes.

Die Anthracit-Werke von Gustav Schulze zu Berlin, Hamburg und Dresden haben dem Rath der Stadt Dresden für den durch den böhmischen Streik entstandenen Ausfall von Kohlen zur sofortigen Lieferung 10,000 Tonnen à 1000 kg Anthracit zum gewöhnlichen Verkaufspreis zur Verfügung gestellt. Der Rath hat von dem Angebot Gebrauch gemacht.

In den Kreisen, d.e in die Lenney-Solinger Militärbefreiungsangelegenheit verwickelt sind, wurden wiederum Verhaftungen vorgenommen. Es handelt sich fast ausnahmslos um Söhne wohlhabender Familien, die in der Einjährig-Freiwilligen-Prüfung durchfielen und aus Scheu vor dem Dienst als Gemeiner gegen hohe Summen Atteste zur Erzeugung temporären Leidens für die Zeit der Musterung sich verschafften. Die Militärbehörde verdirbt auf viele Jahre zurück die Musterungsrollen zur Entdeckung Schuldiger, so daß noch zahlreiche Verhaftungen bevorstehen. Gegen die erste Serie der in dem Aufsehen erregenden Prozesse verwickelten Personen wird im Februar vor der Elberfelder Strafkammer verhandelt.

In Königsberg i. Pr. brach im Lagerraum der Manufaktur- und Wollwaarenfirma Fürst & Bodenstein in der Altstädtischen Langgasse heute mittag Feuer aus, wobei ein Lehrling verbrannte.

In Berlin wurden heute abend durch eine schwere Gas-Explosion drei Personen durch Brandwunden erheblich verletzt.

In Glinno (Posen) tödtete ein Altsitzer im Streite seine frühere Geliebte mit Axthieben und erschoß sich dann selbst.

Der im Liegnitzer Gattenmord-Prozesse verurtheilte Markwitz legte Revision beim Reichsgerichte ein.

In München wurde auf einer Redoute ein Attentat von einem Buchhändler im Streite erschossen.

Wien, 24. Jan. Die christlich-soziale Vereinigung des Reichsraths hielt eine Kindsitzung ab, in welcher sie folgendes beschloß: Die Partei erklärt sich mit der vom Ministerium Körber eingeleiteten Aktion zur Beilegung des nationalen Streites einverstanden und erblickt in den Verständigungskonferenzen ein geeignetes Mittel dazu.

Prag, 24. Jan. Heute hat hier die Bürgermeisterwahl stattgefunden. Nach drei vergeblichen Wahlgängen, in denen immer Podlipny 42 und der Altschecke Srb 43 Stimmen erhielten, wurde die Wahl auf morgen vertagt.

Paris, 24. Jan. [Deputirtenkammer.] Der Minister des Aeußern Delcassé bringt einen Gesetzentwurf ein betreffend das Fortbestehen der Befugnisse der gemischten Gerichtshöfe in Aegypten auf weitere fünf Jahre vom 1. Februar ab. Der Deputirte Motte spricht sich sehr tadelnd über den Staatsanwalt Bulot aus, weil dieser, ohne Beweis zu erbringen, in dem Assumptionistenprozeß etwa 30 Deputirte namhaft gemacht habe, die von den Assumptionisten unterstützt sein sollten. Der Justizminister Monis erwidert, Bulot habe nur einen Zeitungsartikel verlesen. Der Minister fügt hinzu, eine Karte des Deputirten Bernard sei bei den Assumptionisten in Bordeaux aufgefunden worden. Bernard protestirt heftig gegen diese Behauptung und nennt den Minister und Bulot Lügner. Bernard wird zur Ordnung gerufen. Während der Rede des Justizministers werden auf der Rechten und bei den Nationalisten stürmische Protestrufe laut. Lasies wird zur Ordnung gerufen. Mehrere Deputirte protestiren gegen das Vorgehen Bulots, darauf ergreift Bernard abermals das Wort und ergeht sich in heftigen Beschimpfungen des Justizministers. Es wird mit großer Majorität beschlossen, Bernard zeitweilig von den Sitzungen auszuschließen. Bernard weigert sich, den Saal zu verlassen. Deschanel unterbricht die Sitzung, hierauf betritt eine Abtheilung Soldaten den Saal und geleitet Bernard, welcher dagegen protestirt, hinaus. Einige Nationalisten rufen Bernard, während er die Wandelgänge passirt, Beifall zu. — Nach Wiederaufnahme der Sitzung weist Justizminister Monis die gegen ihn gerichteten Anschuldigungen mit Entrüstung zurück. (Beifall.) Gourd erklärt, man dürfe das Vorgehen Bulots nicht dulden und verlangt, daß die Anfrage in eine Interpellation umgewandelt werde; mehrere andere, von Bulot namhaft gemachte Deputirte schließen sich dem Verlangen an. Ministerpräsident Waldeck-Rousseau erklärt, die auf der Tribüne vorgebrachten Richtigstellungen seien sehr berechtigt, jedoch müßten die Proteste an den Verfasser des betreffenden Artikels gerichtet werden, und nicht an den Beamten, welcher denselben vorlas, ohne die Verantwortung dafür zu übernehmen. Was eine Interpellation über die Frage anlange, so müsse man den Ausgang des Assumptionistenprozesses abwarten. Hierauf wird die Angelegenheit mit 319 gegen 214 Stimmen auf einen Monat vertagt. (Beifall.) Sodann wird die Berathung des Budgets fortgesetzt.

Paris, 24. Jan. Die Assumptionisten-Patres wurden vom Zuchtpolizeigericht zu je 16 Frcs. Geldbuße verurtheilt. Außerdem sprach der Gerichtshof die Auflösung der Assumptionisten-Gesellschaft aus. Der Schluß der Sitzung erfolgte ohne Zwischenfall.

Rom, 24. Jan. Als Abschluß der seit 1891 eingeleiteten Verhandlungen unterzeichneten heute der Minister des Auswärtigen, Visconti Venosta und der französische Botschafter Barrère ein Protokoll, durch welches die Abgrenzung der italienischen und französischen Besitzungen an der Küste des Rothen Meeres bestimmt wird. Die Grenzlinie geht aus von dem äußersten Ende des Vorgebirges Ras Dumeira, folgt alsdann der Wasserscheide des Vorgebirges und richtet sich schließlich gegen Südwest in der Weise, daß Italien die Karawanenstraßen gelassen werden, die von Assat nach Aussa führen.

Lissabon, 24. Jan. Angesichts der Unmöglichkeit, die Ausgaben zu vermindern und die indirekten Steuern um die Zölle zu ändern, hat die Regierung eine Erhöhung der Stempelsteuer beschlossen. Auch sollen künftig alle Zahlungen des Schatzamtes und alle Handelsgeschäfte zwischen Privatpersonen stempelpflichtig sein.

Washington, 24. Jan. Der Senat berieth gestern den Antrag Jones, die Abstimmung über die Ratifikation des Samoanischen Vertrages nochmals zur Berathung zu stellen. Jones erklärte, der Vertrag sei unter der Voraussetzung ratifizirt worden, daß die Errichtung einer Civilregierung auf Tutuila nicht beabsichtigt sei; allein einen Tag nach der Ratifikation habe ein augenscheinlich von gut unterrichteter Seite stammender Bericht der Blätter gemeldet, daß eine Civilregierung auf den Inseln errichtet werde. Pettigrew sprach sich für eine nochmalige Berathung aus, weil Mataafa mit dem Vertrage unzufrieden sein solle. Das Mitglied des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten Davis führte aus, er habe keine Kenntniß hiervon, die amerikanische Regierung auf Tutuila werde an der früheren Lage nichts ändern. Bei der darauf vorgenommenen Abstimmung sprachen sich 11 für und 22 Senatoren gegen die Wiederberathung aus. Das Haus war somit beschlußunfähig.

Buenos Aires, 24. Jan. [Telegramm des „Reuter'schen Bureaus.“] Nach Meldungen aus Rosario ist die Pest daselbst aufgetreten. Ein strenger Sanitätskordon ist gezogen worden.

Der südafrikanische Krieg.

Frankfurt a. M., 24. Jan. Die „Frankf. Ztg.“ meldet aus London: Aus dem Burenlager bei Ladysmith wird über Lourenzo Marquez berichtet, daß die Engländer mit mehr als 30,000 Mann und 40 Geschützen einen verzweifelten Versuch machten, die Höhen am Tugela zu nehmen. Die englische Artillerie habe dabei das ärgste Feuer entwickelt, welches man im gegenwärtigen Kriege je gesehen habe. Dreimal hätten die englischen Regimenter die Anhöhen erstürmt, dreimal seien sie durch neue Truppen verstärkt worden und jedesmal sei der Angriff durch die Buren unter dem Kommando von Schalk Burger, Botha und Lucas Meyer zurückgeschlagen worden. Als der 10stündige Kampf zu Ende war, waren die englischen Ambulanzen stark beschäftigt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19000125010/fragment/page=0003

Brüssel, 23. Jan. Nachts eingetroffene Depeschen aus Prätoria bestätigen die gestrige Nachricht von dem endgiltigen Scheitern des Vormarsches Warren's gegen Ladysmith. Die Buren schreiben sich den vollständigen Sieg zu. Die Armee Warren's erlitt derartige Verluste, daß sie bis auf weiteres kampfunfähig ist.

London, 24. Jan. „Dem „Reuter'schen Bureau" wird aus Lourenço Marquez vom heutigen Tage gemeldet: Eine aus Prätoria kommende Depesche enthält nähere Einzelheiten über das Gefecht bei Olivers Hoek. Es wird in derselben gemeldet, daß die Briten vier oder fünfmal täglich ihre ermüdeten Soldaten durch frische Mannschaften ersetzen. Die Buren verloren einen Todten, zwei leicht Verwundete. Bei den Burentruppen herrscht die zuversichtlichste Stimmung. Die britischen Truppen haben schwere Verluste erlitten. Botha übernahm den Oberbefehl über die Truppen auf dem Spionskop. Cronje wurde anderwärts hingesandt. Im englischen nördlichen Lager herrscht Verwirrung, man sah, wie die Truppen sich ziellos hin- und herbewegten.

London, 24. Jan. Buller's hier in früher Morgenstunde veröffentlichtes Telegramm wirkt deprimirend. Die „Times" erklären, es könne die Spannung nur erhöhen; klar sei, daß Warren in den letzten zwei Tagen nicht avancirt ist. Man müsse das Resultat des Angriffs auf den Spionskop mit Muth und Kaltblütigkeit erwarten. (Die obigen Depeschen enthalten es!)

London, 24. Jan. Aus Ladysmith, 22. Januar, wird dem „Stand." gemeldet, die Einschließung der Stadt sei so dicht, als je. Das Bombardement dauere fort. Nach einer Dalzielbrahtung aus Prätoria versuchte die Besatzung von Ladysmith während der Kämpfe am Sonnabend eine Demonstration, die aber durch die Wachsamkeit der Vorposten vereitelt wurde.

Modder River, 23. Jan. [Meldung des „Reuter'schen Bureaus".] Montag abend wurde unter dem Schutze heftigen Artilleriefeuers ein Aufklärungsmarsch gegen Magersfontein zu unternommen. Der Feind, der das Geschützfeuer sehr gut erwiderte, ist, wie sich herausstellte, noch sehr stark an Zahl. Das Schießen dauerte nach dem Dunkelwerden noch fort und wurde auch heute früh wieder aufgenommen.

Berlin, 24. Jan. Nach der „Post" ist dem bei der Delagoabai angebrachten deutschen Segelschiffe „Hans Wagner" von den britischen Behörden in Port Elisabeth angegeben worden, die von ihnen als Kriegscontrebande bezeichneten Güter zu löschen. Das Schiff ist darauf weitergesegelt.

Der Kohlenarbeiterstreik in Oesterreich.

Wien, 24. Jan. Die „Wiener Abendpost" schreibt: Die Zeitungsmeldung, daß auf der Strecke Pilsen-Furth 40 für Bayern bestimmte Waggons Kohle behördlich beschlagnahmt worden seien, ist, wie wir von zuverlässiger Quelle erfahren, vollständig unrichtig. Es hat sich einfach nur um eine Fehl-Spedition einer für die K. K. Staatsbahn bestimmten Sendung Regiekohle gehandelt, welche auf Verfügung des Aufgebers in Aussig während des Transports aufgehalten und der richtigen Bestimmung zugeführt worden ist. Die Kohlensendungen ins Ausland werden anstandslos befördert, soweit Waggons hierfür vorhanden sind.

Karlsbad, 24. Jan. Gestern stellten 336 Bergarbeiter die Arbeit ein und überreichten ihre Forderungen betr. Lohnerhöhung, achtstündige Arbeitszeit usw. Zwei Porzellanfabriken reduziren bereits infolge der Kohlennoth ihren Betrieb. Das Sprudelsalzwerk in Karlsbad stellte den Betrieb im Sudhause ein.

Mürschau, 24. Jan. Auf den Zechen im Mieser Bezirk streikten heute 4414 Arbeiter. Auf dem Ziegelerschachte, wo gestern noch vollzählig gearbeitet wurde, erschienen heute blos 133 Arbeiter.

Pilsen, 24. Jan. Die Situation auf den beiden Littitzer Schächten ist unverändert. Zum Schutze der Arbeitenden ist heute von hier eine Militär-Assistenz in Stärke von 235 Mann nach Littitz, Sulkow und Mürschau abgesandt worden.

Brüx, 24. Jan. Im hiesigen Kohlenrevier sind von 5648 Arbeitern bei der heutigen Frühschicht 1477 Mann angefahren; in 23 Schächten ruht die Arbeit. Es herrscht Ruhe.

Mährisch-Ostrau, 24. Jan. Bei der heutigen Frühschicht im östlichen Theil des hiesigen Reviers hat sich die Lage bedeutend gebessert. Morgen findet in Wien eine Sitzung der Gewerken statt, an welcher auch die Betriebsleiter theilnehmen.

Prag, 24. Jan. In allen Streikgebieten ist die Lage nahezu unverändert. Im Schlauer Bezirk ist den Arbeitern das Mark-Schachtel die geforderte Lohnerhöhung gewährt worden, die Arbeit ist infolgedessen wieder aufgenommen worden. — Die Arbeiter in Schwadowitz und Schatlar haben ihre Forderungen überreicht und beabsichtigen, falls dieselben nicht bewilligt werden, am Freitag in den Ausstand zu treten. — In Rutschitz, Bezirk Kladno, ist sowohl der Betrieb des Bergwerkes als auch derjenige der Eisenerz-Röstöfen der böhmischen Montan-Gesellschaft infolge Kohlenmangels eingestellt worden. Ueberall herrscht vollständige Ruhe.

Verantwortlich: Für Politik und Vermischtes: Albert Herling; für das Feuilleton: Dr. Franz Kwest; für Provinzialnachrichten und Lokales: Wilhelm Meyer; für Handel und Verkehr: Hermann Bach; für den Anzeigentheil: Walther König; sämmtlich in Halle S. — Druck und Verlag von Otto Hendel in Halle S.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Getreide.

New York, 24. Jan. [Telegr.] Rother Winterweizen 74⅞, Januar —, März 74⅞, Mai 73⅛, Juli 73⅛, Mais Januar —, Mai 39¼, Juli —, Mehl 2,60. Getreidefracht 2⅜.

Chicago, 24. Jan. [Telegr.] Weizen Januar 64⅛, Mai 66⅞, Mais Mai 33⅛.

* Hamburg, 24. Jan. Weizen loco stetig, loco holsteinischer, 144—145. Roggen loco stetig, mecklenburger loco neuer 139—144, russischer loco matt, 105. Hafer ruhig. Gerste ruhig.

* Amsterdam, 24. Jan. Weizen auf Termine geschäftslos, März —, Roggen loco fest, auf Termine behauptet, März 131, Mai 130.

* London, 24. Jan. (Schlußbericht.) Sämmtliche Getreidearten fest aber ruhig. Gerste wenig Angebot.

Oelsaaten. Oele. Fettwaaren.

New York, 24. Jan. [Telegr.] Schmalz Western steam 6,15, do. Rohe und Brothers 6,40.

* Hamburg, 24. Jan. Rüböl (unversteilt), fest, loco 52,50.

* Bremen, 24. Jan. Schmalz. Ruhig. Wilcox in Tubs 32,50 Pfg., Armour shield in Tubs 32,50 Pf., anders Marken in Doppel-Eimern 32,75—33,00 Pf. Speck. Stetig. Short clear middling loco 31,50 Pf.

* Köln, 24. Jan. Rüböl loco 56,00, per Jan. 54,50.

Paris, 24. Jan. (Schlussbericht.) Rüböl ruhig, Jan. 57,75, Febr. 57,50, März-April 58,00, Mai-Aug 59,25.

* Antwerpen, 24. Jan. Schmalz per Jan. 73⅝.

* Amsterdam, 24. Jan. Rüböl loco 27⅞, Mai 27⅝.

Central-Stelle der Preuss. Landwirthschaftskammern.

24. Jan. (Notirungsstelle.)

a. Für inländ. Getreide ist in Mark für die Tonne gezahlt worden.

	Weizen	Roggen	Gerste	Hafer
Magdeburg	136—150	140—146	144—170	132—143
Altmark	138—145	135—144	140—158	130—144
Merseburg östlich	140—152	140—148	140—155	135—145
do westl. der Mulde	135—147	140—153	140—170	130—142
Erfurt	135—150	144—155	140—175	120—145
Danzig	138—145	132	113—136	98—117
Posen	131—143	125—131	116—120	124—126
Breslau	132—149	131—137	125—145	114—121

b. Weltmarkt

auf Grund heutiger eigener Depeschen, in Mark die Tonne einschl. Fracht, Zoll und Spesen, aber ausschl. der Qualitäts-Unterschiede

		am 24./1.	am 23./1.
Von New York nach Berlin	Weizen 75¼ Cts.	173.25 M.	171.00 M.
» Chicago » »	Weizen 64⅝ Cts.	164.00 »	162.50 »
» Liverpool » »	Weizen 5 sh 3⅞ d.	173.50 »	173.75 »
» Odessa » »	Weizen 85 Kop.	164.25 »	164.25 »
» Odessa » »	Roggen 71 Kop.	145.75 »	144.50 »
» Riga » »	Weizen 85 Kop.	161.00 »	161.50 »
» Riga » »	Roggen 71 Kop.	142.50 »	142.50 »
In Paris	Weizen 19,05 Frcs.	155.00 »	153.25 »

Petroleum.

* Hamburg, 24. Jan. Petroleum fest, Standard white loco 8,35 Br.

* Bremen, 24. Jan. (Börsen-Schlussbericht.) Raffinirtes Petroleum. (Offizielle Notirung der Bremer Petroleum-Börse.) Loco 8,45 Br.

* Antwerpen, 24. Jan. (Schlussbericht.) Raffinirte Type weiss loco 22,25 bez. u. Br., per Jan. 23,25 Br., per Febr. 23,50 Br., per Jan. April 23,75 Br. Fest.

* New York, 24. Jan. [Telegr.] Petroleum Standard white in New York 9,90, do. in Philadelphia 9,85, do. Refined (in Cases) 11,00, do. Credit Balances at Oil City 165,00.

Wasserstände (+ bedeutet über, — unter Null.)

Saale und Unstrut.						Fall	Wuchs
Artern, Brückenpegel	23. Jan.	+ 0,54	24. Jan.	+ 0,90	—	36	
Weissenfels, Oberpegel	»	+ 2,52	»	+ 2,62	—	4	
do. Unterpegel	»	+ 0,62	»	+ 1,06	—	44	
Trotha	24.	»	25.	»	—	—	
Alsleben, Oberpegel	23.	+ 2,41	24.	+ 2,58	—	17	
do. Unterpegel	»	+ 1,95	»	+ 2,45	—	50	
Bernburg	»	+ 1,54	»	+ 1,75	—	7	
Kalbe, Oberpegel	»	+ 1,63	»	+ 1,70	—	7	
do. Unterpegel	»	+ 1,06	»	+ 1,26	—	20	

Moldau. Iser. Eger. Elbe.						Fall	Wuchs
Budweis	23.	+ 0,17	1	—	Forgau	24.	+ 1,22	—	22
Prag	»	+ 0,44	10	—	Wittenberg	»	+ 1,76	—	19
Jungmannian	»	+ 0,06	2	—	Rosslau	»	+ 1,26	16	—
Laun	»	+ 0,45	—	16	Barby	»	+ 1,72	—	16
Pardubitz	»	—	—	—	Magdeburg	»	+ 1,38	—	4
Brandeis	»	—	—	—	Tangermünde	»	+ 3,23	15	—
Melnik	»	+ 0,14	4	—	Whitenberge	»	+ 3,07	—	6
Leitmeritz	»	+ 0,24	5	—	Dömitz Pegel	23.	+ 1,30	—	8
Aussig	24.	+ 0,56	—	8	Lauenburg	24.	+ 1,51	—	13
Dresden	»	— 0,61	—	29					

Dresden eisfrei. Rosslau eisfrei. Tangermünde Eisaufbruch. Lauenburg Treibeis.

* Augsburg, 24. Jan. Von den oberen Plätzen werden 1,92 m Wuchs gemeldet. Heutige Fahrtiefe — Zoll österr. Mass. Fracht nach Magdeburg das Doppel-Hektoliter — Pfg. mit Staffel bezahlt.

Berliner Börse

vom 24. Januar.

(Ergänzung zu den Notirungen im gestr. Abendblatt.)

Bank-Disconto.

Berlin Wechsel 6, Lomb. 7. Amsterdam 4½, Brüssel 4½, Petersburg 7. Wien 5. London 4½. Paris 4.

Deutsche Fonds- u. Staatspap.

Barmer Stadtanleihe	3½	— —
Berliner Stadt-Obl.	3½	96,70B
do. do. 1892	3½	86,30bs
Magdeburger St.-Anl.	3½	— —
do. do. neue	4	— —
Westfäl. Prov.-Anl.	3½	94,00bs
Bad. Staats-Eis.-Anl.	3½	96,80G
Bayrische Anleihe	3½	96,90G
Braunschw. 20 Thlr.-L.	—	133,75bs
Köln-Mind. Pr.-Anth.	3½	135,25b.
Hamb. 50 Thlr.-Loose	3	— —
Meininger 7 fl.-Loose	—	24,50bs
Oldenb. 40 Thlr.-Loose	3	127,30bs

Ausländische Fonds.

Argent. Gold-Anl. do. innere do.	5 4½	85,80bs 72,75bs
Barletta 100 Lire-Loose	—	22,60bsG
Bukar. Stadt-Anl. 1884	5	93,00bsG
do. do. 1888	5	93,00bsG
Chilen. Gold-Anl. 1889	4½	85,10bsG
Egyptische priv. Anl. do. do. do.	3½	— — 24,25bs
Freiburg. 15 Fr.-Loose	—	40,30G
Griech. Anl. 1881—84 do. kons. Goldrente do. Monopol-Anl. Gold-Anl. v. 1890	— — — —	37,50bs 47,60B 39,80bsG 12,90bs
Mailänd. 10 Lire-Loose	—	30,20G
Mexikaner Anl. à 100 do. à 20	6 6	100,20G —
Norweg. Staats-Anl. 80	3	141,00bsG
Oesterr. 1860er Loose	5	— —
Rumän. 5% Anl. 81 fd.	5	— —
Russ. Gold-R. 1884, 87 do. Orient-Anl. II. do. III. do. Nicolai-Oblig. do. Boden-Kredit	4 4 4 4 5	— — — — — — 115,00bs
do. 3% do. gar.	3,6	96,5bs
Russ. Präm.-Anl. 1864	5	317,30bs
do. 1866	5	283,50G
Schwed. St.-Anl. 1886 do. do. 1890 do. Hyp.-Pfdbr. 1878	3½ 3½ 4	95,10B 94,30B 99,50B
Türkische Anleihe D.	1	22,90G
do. Administ. do. 400 Frcs.-Loose	5 —	98,25bsG 121,10bsG
Ungarische Gold I.-A. do. Kr.-E. do. Staats-E. 97	4½ 4 3½	102,00bsG — 35,30bsB

Industrie-Aktien.

A.-G. f. Anilinfabr.	12½	262,50bsG
Admiralsgarten-Bad	4	84,00bsG
Annaburger Steingut	4	126,75bs
Archimedes	18	273,00bsG
Bauges. Berl. Chrl. i. Liq.	—	621,00B
Jo. B.-Wilm. T.-G. i. Liq.	—	1774bs
Braunschweiger Jute	15	193,00bs
Berl.-Anh. Maschinen	15	— —
Berliner Bockbrauerei	10	188,10G
do. Brauerei Königst.	4½	115,75G
do. Union Gratweil	4	122,50bsG
Brsl. Eisenb.-W., Linke	16	274,50bsG
Breslauer Germania	1	85,00bsG
Cement-Bau-Ges. Berl.	0	201,75B
Charlottb. Wasserwerk	11	269,75bs
Chem. Fabr. Schering	8½	211,75G
Chemn. Masch. Zimm.	14	207,40bs
Dessauer Gas	12½	268,75bsG
Dtsch. Gasglühl.-Ges.	28	314,00bsG
Dtsche Jutespinnerei	12	153,60bsG
Elberfeld. Farbenfabr.	18	208,30bsG
Erdmannsdorf. Spinn.	2	79,00bsG
Freund Masch. konv.	21	224,75bsG
Görlitzer Eisenbhed.	18	263,80bsG
Hagener Gusstahl	6½	128,25bs
Harburg-Wien Gummi	12	243,75B
Harkort St.-Pr. konv.	5	119,50bsG
do. Brückenb. konv.	7	125,00bsG
do. do. St.-Pr.	8	151,50G
Hirschberger Masch.	8	118,50G
Keyling & Th. Eisenb.	6	145,00G
Köln-Müsener Bgw.	1½	71,75bs
do. conv.	3	115,75bsG
Kurfürstend. Ges. i. Liq.	—	632,00G
La Veloce, Ital. D.	—	61,10G
Ludw. Löwe & Co.	24	384,00bsG
Mälzerei Wrede	7	104,25G
Magdeburger Baubank	1½	106,25G
Magdeb. Strassenbahn	9	155,00bsG
Maschin. Breuer	9½	143,10bsG
Neuroder Kunststanstalt	8½	132,90B
Nordd. Eiswerke	7	81,50bsG
Omnibus-Gesellschaft	10	220,75bsG
Oppeln Portl.-Cem.	11	178,50bsB
Passage	4	86,50bsG
Pferdebahn, Breslauer	12	204,50G
Sangerhäuser Masch.	22½	324,00G
Schäffer u. Walcker	1	84,00bsB
Schlesische Cement	17	233,10bsG
Schwartzkopff	14	230,00bsG
Siemens, Glas-Industr.	15	236,75bsB
Siemens & Halske	10	178,75bsG
Stettiner Cham. Didier	20	376,50bsG
Sudenburg. Maschin.	—	126,00bsG
Ver. Köln-Rottw. Pulv.	15	208,00G
Vereinsbrauerei Artern	6½	104,00G
Westf. Drahtt-Industrie	11	177,25bs
do. Union konv.	16	— —
do. 6% St.-Pr.	—	— —
Wittener Guss	18	264,00bsG
Wilhelmshütte conv.	9½	132,10bsG
Zuckerfabr. Frankstad	9	127,25bsG

Deutsche Eisenb.-Prior.-Oblig

Mainz-Ludw. 75, 76, 78	4	— —
do. v. 1880	3½	— —
Ostpreuss. Südbahn	4	— —

Deutsche Eisenb.-St.-Prior.

Breslau-Warschau	4	97,00bsG
Dortmund-Gronau . E.	4	183,60bs
Marienb.-Mlawkaw	5	114,00G
Ostpreuss. Südbahn	5	111,75bs

Eisenb.-Prior.-Obligationen.

Ital. Eis.-Obl. v. St. gar.	3	57,90G
do. Mittelmeerb. stfr.	4	94,50bs
Lemberg-Czernowitz	4	— —
Oest.-Frz. Staatsb., gar.	3	99,30B
do. Ergänzungsn.	3	98,10G
do. Gold-Pr.	4	99,50bsG
Oesterr. Lokalbahn	4	98,00G
do. Nordwestbahn	4	106,90B
Südöster. Bahn (Lomb.)	3	— —
do. Obligationen	5	102,90bsB
Ung. Nordostb. Gold-O.	4	101,50bsB
do. Eisenb.-Stilb.-A.	4½	99,70B
Iwangorod-Dombr. gar.	4½	100,90bsB
Kosl.-Woronesch Obl.	4	98,30bs
K.-Chark.-As., Obl., 89	4	98,30bs
Kursk-Kiew	4	99,20bs
Mosco-Kiew-Woron	4	98,25bsG
Mosco-Kursk	4	— —
Mosco-Rjasan	4	99,50bsB
Mosco-Smolensk	5	98,30B
Orel-Griasi 1889	4	98 60G
Rjasan-Koslow	4	98,30G
Rjasan-Uralsk gar ukd. (b. 1909	—	— —
Rjaschk-Morczansk	5	98,25bsG
Rybinsk-Bologoye	4	98,40bsG
Russ. Südwestbahn	4	99,60bsG
Transkaukasische	3	86,00G
Warschau-Wiener 10er	4	— —
do. IX. Ser.	4	— —
Wladikawkas Oblig.	4	99,20G
do. ukdb. b. 1906	4	98,25G
Manitoba rz. 1933	4½	— —
Northern-Pac. I. b. 1921	4	— —
do. Pref.	4	133,30G
do. Gen. Lien.	3	65,70bsG
S. Louis u. S. Fr. rz. 1931	5	— —
do. do. do.	5	— —
Central-Pacific	5	— —
Anatol. I. 2040 M.	5	99,30bsG
" II. 2040 M.	5	101,50G
Macedonische G.-O.	3	58,30bs
Portug. Eisenb. O. 1886	3	62,90G
do. 1889	4½	— —

Eisenbahn-Stamm-Aktien.

Aachen-Mastricht	5	128,50B
Buschtiehrader B.	13	304,80G
Halberst.-Blankenb.	6	134,25bs
Jura-Simpl. kv. Westb.	4	87,10bs

Ausländ. Eisenb.-Stamm- u. Stamm-Prior.-Aktien.

Aussig-Teplitz	15	— —
Böhmische Nordbahn	7½	— —
Galiz. (Karl-Ludw.-B.)	6	— —
Graz-Köflach	6½	— —
Kaschau-Oderberg	4	— —
Kronpr. Rud. St. Sch.	4	97,60G
Lemberg-Czernowitz	6½	— —
Oesterr. Nordwestb.	5	— —
do. B. Elbethalb.	5½	27,70bs
Südösterreich (Lomb.)	3	— —
Ungar.-Galiz. (gar.)	5	— —
Ivangor-Dombrowe	5	— —
Kursk-Kiew	9½	— —
Warschau-Terespol	5	— —
Warschau-Wien	19½	— —
Gotthardbahn	5	141,60G
Ital. Meridionaux	6½	— —
Lütticb.-Limburg	0	— —
Schweiz. Centralbahn	9	143,50B
do. Nordostbahn	5½	93,10G
do. Unionbahn	3½	79,50G

Deutsche Hypoth.-Pfandbriefe u. Rentenbriefe.

Anh.-Dessauer Pfdbr.	4	99,50G
Gr.-K.-B.IV. rz. 110	3½	99,25G
do. V. rz. 100	3½	93,50G
do. VI. unkb. b. 1900	4	99,25G
do. VII. unkb. b. 1903	4	100,00G
Deutsch. Grundsch. Obl.	4	99,40bsG
do. do. V. JVI.	4	100,50bsG
Deuts. Hp.-B.-Pfd. VII.	4	99 50G
do. I. u. Ia. conv.	4	100,30G
Hamb. Hypothek.-Pfd. S. 251-310 unk. 1905	4	100,60bs
do. unk. bis 1900	4	99,50bs
do. S. 301-330, unk. 1905	3½	95,25bs
do. S. 46-190, uk. 1908	3½	93,90bs
do. alte u. con.	3½	92,50bs
Hann. Bod. Pf. I. uk. 1904	3½	96,00G
do. do. II.	3½	95,00G
Meininger. Hyp.-Pfdb.	3½	93,30bsG
do. II. unkdb. bis 1900	4	99,70bsG
do. do.	3½	93,50bsG
do. Präm.-Pfdbr.	4	134,10G
Nordd Gr.-Cred.-Pfdb.	4	99,90G
do. IV. V. ukb. b. 1903	4	94,80G
Ostpreussische	3½	99,75bsG
Pom. II. V., VI. 1900 uk.	4	100,20bsG
do. VII. VIII. 1904 uk.	4	101,30G
Posensche	4	113,75G
P. B.-C.-Pfd. I. II. rz. 110	5	108,90G
do. III., V. u. VI. rz. 100	4	99,75G
do. XIII. rz. 100	4	100,30G
do. XIV. ukb. 1905	4	99,50G
do. XV. ukb. 1904	3½	92,50G
Pr. Centrb.-Pfdbr. 1900	4	99,50bsG
do. do. 1900	3½	92,20bsG
do. do. 1906	3½	92,40bsG
Pr. Hp.-Bk. uk. 1905	3½	100,00bsG
Pr. Hp.-A.-B. VII.-XII	4	100,00bsG
do. do. XV.-XVIII	4	92,50bsG
do. XVIII ukdb. 1908	3½	93,10bsG
do. XIX ukdb. 1909	4	101,00G
do. Kleinb.-Obl. b. 1904	4	100,75G
do. do. b. 1906	4	99,50G
do. Comm.-Obl. b. 1907	3½	99,50G
Rh.-W. Bder., I. III. V., ukb. b. 1905	4	99,50G
" II. u. IV., b. 1910	3½	92,25G
" VI., ukdb. 1908	4	93,70G
" VII., ukdb. 1908	4	100,90G
Sächsische	—	— —
do.	3½	96,00bsG
do.	3½	86,50G
Westpr. ritt. I. I. B	3½	97,10G
Pommersche	4	101,30G
Posensche	4	101,50G
Preussische	4	101,20G
Sächsische	4	101,20B
Schlesische	4	101,20B

Bergwerks- u. Hütten-Ges.

Aplerbeck	6	121,90bsG
Arenberger Bergwerk	60	1001,00
Baroper Walzwerk	0	163,60bsB
Bergbau	6	126,50bsG
Bismarckhütte	19	322,25bsG
Bonifacius Bergwerk	0	164,50G

Reichsbank.				
Concordia-Bergwerk	19	308,90bsG		
Consolidat. Bergw.-G.	22	382,75bs		
Consol. Marie	—	61,25B		
Duxer Kohlen kon.	16	145,00bsG		
Gelsenkirch. Gusstahl	13	215,00bsG		
Georg-Marien-St.-A.	8	147,75bsG		
do. St.-Pr.	8	150,25bsG		
Harzer Eisenw. konv.	0	— —		
do. Lit. A. B.	25	207,25bsG		
Inowrazl., Steinsalzb.	3⅜	77,50G		
Kattowitzer	12	233,80bs		
Königin-Marienhütte	5	108,50bsG		
König Wilhelm konv.	15	282,50bsG		
do. St.-Pr.	20	336,00bsG		
Leopoldgr. Eddeltz	5½	100,50G		
Luise Tiefbau konv.	0	85,10bsG		
do. do. St.-Pr.	4	125,00bsG		
Magdeburg.-Bergwerk.	27	459,50G		
Marienhütte Kotzenau	3½	113,50bsG		
Mend. & Schwert St.-Pr.	5½	157,35bsG		
Niederl. Kohlen	8	121,50bsG		
Rhein. Stahlw. Lit. C.	15	231,60bsB		
schlesisch. Zinkhütten	18	357,50bsG		
Stadtberger Hütte	11	193,10bsG		
Wurm-Revier	7½	133,25bs		

Oblig. v. Industr. u. Bergw.-Ges

Allg. Elektr.-Gesellsch.	4	100,00B
Aschersleb. Kaliwerke	4	97,25bsG
Bochumer Gusstahl	4	— —
Dessauer Gas	4½	107,25G
Dortmunder Union	5	— —
Gr. Berl. Pferdeb. I. u. II	3½	95,10G
Hamb.-Packetfahrt	4	126,10bsB
Laurahütte	4	92,40B
Napiata-Obligationen	4½	99,60G
Norddeutscher Lloyd	4	122,90bs
Oberschl. Eisen-Ind.	4	98,10G
v. Tiele-Winkler	4	— —
Zoologischer Garten	4	99,80G

Bank-Aktien.

Bank d. Berl. Kassenv.	6⅔	155,50bs
Berg-Märk. B. i. Elbf	6⅔	126,00bsG
do. Effekt.-B. (Hahn)	6	109,00bsG
Cob. Gothb. Kredit-Ges.	5	95,00bsG
Cöln W. u. Komm.	5½	104,00bsG
Danziger Privatbank	7	131,80bsG
Deutsche Grundschuld	7	124,75G
do. Effekt.-B. (Hahn)	7	127,30bsG
do. Hypoth.-B. (Berl.)	6	117,30bsG
Dresdener Bankverein	7	119,50bsG
Essener Kredit	7½	137,50bs
Gothaer Privatbank	7	132,10bsG
do. Grundkredith.	4	127,50bsG
do. do. junge	4	— —
Hamburg. Hypoth.-B.	8	155,50G
Königsberg. Vereinsb.	6	114,75G
Leipziger Bank	10	170,00bsG
Lübecker Kommerzb.	7½	135,25G
Magdeburger Privatb.	6½	114,50B
Nordd. Grund-Kredit.	4½	92,50G
Pr. Hyp.-B. (Spielb.)	6½	130,30G
Preuss. Pfandbr.-Bk.	6½	117,80bsG
Realkredit-Bank	—	94,00G
Rheinische Bank	8	122,50bsG

Leipziger Börse, 24. Januar.

Zt.	M.		Zt.	M.	
3 Sächs. Rent.-Anl.	3½	87,200	4	Mansf. Gew. 1892	100,75G
3 do.	3	87,20G	4	do. do. 1879	100,40G
3 do.	500	87,20G	4	do. do. 1875	100,40G
	Thlr.		3½	Stadtobl. 1884 konv.	96,90G
3 Staatsanl. 1855.	100	91,50G	3½	do. 1876 konv.	96,90G
do. 67 kv. 4%	500	98,50B	3½	Alth. Landoblig.	1000	98,25G
3½ Landrentenbr.	500	94,75B	3½	do. do.	500	98,25G

Div.	Eisenb.-Stamm-Akt.		Div.		
15	Aussig-Tepl. 500 fl.	316,80G	5½	Leipz. Elektr.-Werke	116,00G
7½	Böhm. Nordbahn	156,75B	8	do. elektr. Strassb	124,00G
14½	Buschtiehrad. Lit. A.	31,63bG	10	do. Gr. elektr. Strassb	187,75G
0	do. do. B.	— —		do. Bierbr. Reudn., v. Riebeck & Co.	207,00G
10⅜	Galiz. K.-Ludw.-B.	— —	8	Lpz. Kammgarnsp.	— —
6½	Graz-Köflach	— —	12	do. Malzf. Schkeuditz	175,00B
21½	Marienburg-Mlawka	83.00G	0	do. Wollkämmerei	155,50G
			45 M.	Mansfelder Kuxe	1230bs
	Eisenb.-St.-F.-Akt.		11	Portl.-Cement Halle	145,00B
6	Dux-Bodenb. Lit. A.	— —	7	Sächs. Kamm.	90,75G
6	do. do. B.	— —	7	Sächs. M.-F. (Hartm.)	166,50G
5	Marienburg-Mlawka	— —	9	Sächs. Webstuhl-Fabr. (Schönherr)	225,00G
			12	Thür. Gasges. Spz.	242,00G
Div.	Bank- u. Kredit-Akt.		7	do. Stamm-Pr.	252,00G
10	Allg. D. Kr.-A. Lpz.	192,00bsG	7	S.-Thür. Br.-V. St.	142,00G
9	Deutscher Bank	202,50B	7	do. St.-Prior.	143,00G
7	Gothaer Privatb.	133,00B	7	Zeitzer Par. u. S.-A.	135,00G
10	Leipziger Bank	170,00bsG	—	do. do. Oblig.	99,50G
8	do. Hypoth.-B.	136 60G	9	Zuckerfabr. Glauzig	123,00G
7	Sächs. Bank	135,00B	43⅞	Zuckerraff. Halle	109,00G
7	Zwickauer	115,00G			

Div.	Industrie-Papiere.		%	Ausl. Eisenb.-Fr.-Obl.	
12	Chemn. Werkz. (Zim.)	208,00B	3½	Aussig-Teplitzer	93,50G
18	Cröllw. Papierfabr.	255 00G	4	Böhm. Nordbahn	— —
4	4% do. Schldvschr.	99,00G	5	do. do. Gold	104,50G
0	Dörstewitz-Rattm.	66,00G	4	Buschtiehr. 1896 (stfr.)	98,00B
5	D. W. M. (Sonderm. & Stier) Vorz.-A.	145,50G	4	do. do.	98,00B
24	Geraer Jutesp. u. W.	259,00B	4	do. Em. 1868/71/72	103,90G
10	Germania (Schwalbe)	158,50B	4½	do. Gold	— —
27	Gersd. Stkb.-V., St.-A.	610,00G	5	Dux-Bodenbach	76,50G
6½	do. do. Pr.-A.	112G	5	do. Em. 1871	106,00G
5f	do. do. II	101 00	4	do. do. 1874	— —
1¼	Hallesche Str.-B.	— —	4½	Graz-Köflacher	61,00G
3	Kette Elbsch.-G.-Akt.	82,00B	4	do. Em. v. 1871 u. 72	102,50G
8	Körbisd. Zuckerfb.	123,00G	4	Kaschau